

Der Proletarier  
jede Woche Sonnabend.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1.-2.  
eingetragen in die Post-  
stempelglocke Nr. 6482

Anzeigenvertrag:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Gehilfens-Anzeigen die  
geprägte Polizei-Beile  
60,- j.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Stein.  
Druck von E. A. H. Meissner & Co. beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.  
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Zeitpreis-Ablauf 3002.

### Mehr Rückgrat!

Es ist eine erfreuliche Folgewirkung der gewerkschaftlichen Organisation, daß sie das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft ungemein gesteigert hat. Der steile Hinweis auf den Wert und die Bedeutung der Arbeit und des Arbeiters hat ungezählte Tausende aus dem Staube gehoben. Menschen, die früher ohne Wunsch und Willen dahindämmerten, sind zum Begehrten und Wollen erwacht aus lebenden Maschinen, aus reedenden Werkzeugen sind klar denkende, stolz wollende, zielbewußt handelnde Menschen geworden. Das ist ein Resultat, das sich die Arbeiterbewegung aufs Konto setzen darf.

Aber es gibt viel Wasser für diesen Wein. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen umfassen nur einen Bruchteil der Arbeiterschaft und von diesem Bruchteil untersieht die große Mehrheit dem Einfluß der Organisationen erst ganz kurze Zeit. Das heißt, die Erziehungsarbeit der Organisationen hat nur bei einem ganz geringen Prozentsatz der Arbeiterschaft tiefere Wurzeln schlagen, beweiskräftige Resultate zeitigen können. Es ist also nicht verwunderlich, sondern selbstverständlich, daß auch auf diesem Gebiete weit mehr Arbeit vor uns als hinter uns liegt. Wobei zu berücksichtigen ist, daß die gewollten Resultate der gewerkschaftlichen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit sich mit den Zielen unserer staatlichen Schulerausbildung nicht immer decken. So sind die Tugenden der Demut und Zufriedenheit, die in Schule und Kirche so eifrig gepredigt werden, für uns das genaue Gegenteil idealer Erziehungsziele. Die tiefere Ursache dieser auseinandergehenden Bewertung ist leicht zu finden: Die Schule soll Staatsuntertanen, wir wollen frei Menschen heranbilden.

Aus diesem Zwecke heraus erklärt sich die in der Ueberschrift ausgesprochene Forderung noch mehr Rückgrat! Darunter verstehen wir natürlich nicht jene geschwollene Krafthuberei, die zuweilen bei lange gesündeten und gedachten Menschen als erklärliche, aber unangenehme Reaktion eintritt, sondern den selbstbewußten Stolz, der sich gegen unwürdige Zumutungen und beleidigende Geringschätzung aufbaut. Um nicht missverstanden zu werden, knüpfen wir an einige konkrete Erfahrungen an.

Ein Kollege teilt im Auftrage seiner Mitarbeiter mit, daß der Unternehmer sie ganz groß, nicht nur beleidigend, sondern direkt unanständig beschimpft hat. Das soll im Verbandsorgan öffentlich gerügt werden. Auf die Anfrage, was denn die Kollegen selbst getan haben, um den Unternehmer zurechtzuweisen, lautet die Antwort: Nichts! Das war lächerlich. Selbstverständlich sollten die Beschimpften nicht etwa wieder schimpfen. Sie sollten auch nicht einen allgemeinen Streit proklamieren. Aber sie halten die Pflicht, sich eine solche Behandlung energisch zu verbitten. Half das nichts, dann blieb immer noch der Weg in die Dessenlichkeit.

Die Leitung einer größeren Fabrik stellte die Veröffentlichung eines Berichts, in dem der Meister eines Betriebes als Schützenjäger hingestellt wird. Die Anfrage, ob die Arbeiterinnen sich bei der Direktion beschwert haben, wurde verneint. Sie sprachen Entlassung oder Schikane des Meisters. Die weitere Frage, ob die Arbeiterinnen bereit sind, unterschriftlich zu erklären, daß sie die geschilderten Vorwürfe vor Gericht unter Eid bezeugen können, wird gleichfalls verneint. Vor Gericht soll die Geschichte überhaupt nicht kommen. Natürlich wird die Aufnahme des Berichts abgelehnt. Einige Monate später kommen die Vorgänge ohne unser Gutun doch vor Gericht und es stellt sich heraus, daß die Schilderungen im Bericht vollkommen der Wahrheit entsprechen, ja daß noch weit schlimmeres vorgekommen war. Es war nicht die Scham, die den Arbeiterinnen den Mund verschlossen, sondern die Furcht. Aber eine kleinliche und jämmerliche, ja erbärmliche Furcht. Um den bevorzugten Arbeitsplatz zu erhalten, opferen die Arbeiterinnen ihre Ehre, ertragen sie die sadistischen Neigungen eines pervers veranlagten Menschen.

Der Ausseher B. hat eine sehr lose Hand. Es gibt nicht viel Arbeiter in seiner Abteilung, die von ihm nicht schon Kopfsüsse erhalten haben, heißt es in einem dem Verbandsorgan zur Veröffentlichung übermittelten Bericht. „Die Behauptung über den Ausseher ist entweder ungeheuer übertrieben oder in der Abteilung arbeiten lauter Jammerläppen“, hieß es in der Antwort. Und mit Recht. Wohin soll es denn führen, wenn Arbeiter im Betriebe sich wie Schafe prügeln lassen und hinterher ihren Jammer in die Welt greifen? Es ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Arbeiter, körperliche Mißhandlungen sofort und mit allen erreichbaren Mitteln abzuwehren. Dabei ist es durchaus zulässig, daß der Arbeiter ein etwasiges Minus an Körperfraft durch Grußnahme eines Feindes auszugleichen sucht. Allerdings wird die Abwehr meisterlicher Mißhandlungen fast immer den Verlust der Arbeitsstelle im Gefolge haben. Aber es ist schließlich doch der Güter Höchstes nicht, in einem Betriebe zu arbeiten, in dem der Lohn durch Bettel ergänzt wird.

Mangel an Rückgrat ist es auch, wenn ein Arbeiter Mißstände in einem Betriebe erst dann entdeckt, wenn er aus irgend einem Grunde die Arbeit in dem Betriebe verlassen hat. Wer den Mut zur Kritik erhält, findet, wenn er den bestossenen Zuständen entronnen ist, dringt sich sehr leicht in den Gedankt, daß der Zweck seines Luns nicht die Abhilfe der gerügten Zustände, sondern die Rache an irgendwelchen Personen ist. Jeder organisierte Arbeiter hat die Pflicht, die Beseitigung großer Mißstände in einem Betriebe sofort anzustreben, sobald er davon Kenntnis erhält. Kann und

will er, aus sachlichen oder persönlichen Gründen, nicht selbst auf Abhilfe drängen, so kann er mit den Verbandsinstanzen Mittsprache nehmen; es wird sich dann schon ein Weg finden, der zum Ziel führt. Das Verbandsorgan soll zur Kritik erst dann in Anspruch genommen werden, wenn andre Mittel zur Abhilfe versagen oder nicht angewandt werden können. Auf keinen Fall soll es dazu benutzt werden, daß Verärgerter an einem Unternehmer ihr Mächtigen tüsteln.

Vielfach wird gesagt über das von manchen Meistern und Meisterinnen geliebte indirekte Tricksystem. In den Ziegeleien — und auch in manchen andern Betrieben — übernimmt der Meister den Verkauf von alkoholhaltigen Getränken. Die beschäftigten Arbeiter klagen dann darüber — sehr oft mit Recht, zuweilen allerdings auch grundlos —, daß ihr Verhältnis zum Meister bestimmt wird durch die Menge von Getränken, die sie ihm ablaufen. Und sie trinken aus Freiheit. Trinken, weil sie dürfen, der Meister könnte sie im Arbeitsverhältnis schikanieren, wenn sie nicht seinen Lohn durch Bier- oder Schnapsprozenten aufzubessern. Das ist unmöglich. Die Arbeiter müssen Rückgrat genug besitzen, um sich gegen solche Zumutungen zu verteidigen. Der Einzelne wird es oft erfolglos tun; aber unsre Mahnung richtet sich auch nicht an einzelne, sondern an alle.

Mehr Rückgrat fordern wir auch gegenüber dem jetzt so eisrigen Liebeswerben der Unternehmer oder ihrer Beauftragten für die gelben Verbände. Es ist uns bekannt, daß manche Unternehmer all ihre wirtschaftlichen Machtmittel und starke moralische — richtiger unmoralische — Zwangsmittel anwenden, um die Arbeiter in die gelben Reihen zu treiben. Wir wissen auch, daß sich der einzelne dem so geübten Zwang nicht immer entziehen kann. Aber nichtsdestoweniger ist es eine unbeteilbare Tatsache, daß der Terrorismus der Unternehmer weniger Erfolg hätte, wenn die Arbeiter ganz allgemein mehr Rückgrat zeigten. Wenn irgendwo Dreibiertelsmehrheit dem Drängen der Unternehmer, seine Farbe zu wechseln, nachgibt, so wundert uns das gar nicht, wenn aber vollkommene Arbeiter im besten Alter jeden Muth, der ihnen vom Unternehmer oder seinem gelben Agenten vorgelegt wird, widerstreblos unterstreichen, so ist das einfach Freiheit. Damit ändert der Vorbehalt, daß man ja doch — denken könne, was man will, gar nichts. Die Freiheit besaß auch der Sklave und besitzt auch der Buchhändler.

Mehr Rückgrat fordern wir auch gegenüber den inquisitorischen Fragen mancher Unternehmer. Wer die Beamtewortung der so oft gestellten Frage: „Warum sind Sie eigentlich dem Verbande beigegeben?“ nicht höflich, aber bestimmt ablehnen will, der muß wenigstens den Mut aufbringen, wahrscheinlich zu antworten. Es kommt aber — und leider nicht ganz selten — vor, daß der Befragte sich hinter „die andern“ verschönzt, die ihn angeblich gezwungen haben, die ihm sonst bei der Arbeit nicht helfen, die ihn schikanieren usw. Dieser Versuch, für eine dem Unternehmer unangenehme Handlung Entschuldigungen zu suchen, ist psychologisch erklärlich, aber er ist nichtsdestoweniger eines organisierten Arbeiters unwürdig. Dieses Vertrösten hinter die eigene Angst hat noch den Nachteil, daß viele Unternehmer solchen Ausreden Glauben schenken und dadurch in der Auffassung, daß die Gewerkschaften durch Terrorismus Mitglieder werden, bestärkt werden.

Nach einem verlorenen Streit tritt das Bestreben, die eigene Tat auf anderer Leute Kontrolle zu sehen, nicht selten in bedauerlicher Weise hervor. Da „bekannt“ der eine und der andre Feindling, nur um wieder in den Betrieb zu kommen, daß er eigentlich gar nicht streiten gewollt. Aber „die andern“ haben ihn gezwungen und bedroht. Die Angst um die Arbeitsstelle beschreitet dann bei dem einen oder dem andern die Phantasie, und es entstehen jene Schilderungen vom Terrorismus der Streikenden, die wir so oft als Offenbarungen Ungeantester in der Scharfmacherpresse finden. Wer die Dinge näher kennt, weiß solche Behauptungen richtig einzuschätzen — aber es gibt ja so viele Menschen, die solche Schilderungen eben nicht an ihren eigenen Erfahrungen vorrichten können. Lautende nehmen diese auf indirektem Wege erpreisten Augen als lautes Wahnsinn auf und bilden sich daran ihr Urteil über die Gewerkschaften. So wird die einmalige Freiheit des einzelnen die Quelle dauernden Unrechts gegen alle. Deshalb ist es auch nicht eine Moralspanne, sondern in erster Linie die Wahlung gewertet, ja schäflicher Interessen, wenn wir an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft die Mahnung richten: Mehr Rückgrat!

**Aus dem Reichstage.**

Zwei Interpellationen, eingebracht von der sozialdemokratischen und der nationalliberalen Fraktion, forderten Auskunft über die anwaltige Lage. Bei Beginn der Plenarsitzungen, vor Eintritt in die Fraktionssitzung, ließ sich der Kanzler über das von den Interpellationen gehaltene Thema aus. Seine Ausführungen enttäuschten sowohl nach ihrem Inhalt wie in der Form. Enttäuschung ist bei den Bürgern, bilden, drücken und in der Wille. Einmal deshalb, weil der Kanzler keine Anode gegen die rote Internationale und ihre Partei schlägt zu. Aus Wut drückt unterdrückte Angst an, das organisierte Proletariat nicht! Zum andern Enttäuschung, weil zu den Wahlen und dem blutigen Austrag nichts gesagt wurde, was nicht bekannt war. Und auch das Kanzlerprogramm zu den vollen Lebens- und Gelücksverweserungen bringt mir der alte, nicht einmal neu erinnerter Fehler: Bündnisstreite gegen Österreich, auch dann wenn dies in weltpolitischen Bagatellheiten für die Bevölkerung kein Punkt ist. Deshalb ist der andere Programmpunkt. Darauf wird die Regierung sofort von allen bürgerlichen Parteien unterstützt. Zum verantwortlichen

Fortschritts-Papier über Wasserino zum konservativen Kreis sind alle einig, daß Deutschland mit seinem Weltkrieg nicht einhalten darf. Dem nationalliberalen Wasserino ist dabei die Neutralität nicht einmal ratsch genug in ihren Aussichtsentwürfen. Er fordert Wehrung der Feldartillerie, Schaffung einer Luftschiffflotte usw. Das deutsche Volk in seinem älteren Teile wird die vermehrten Lasten tragen müssen.

Die Redner der bürgerlichen Parteien lehnen es natürlich ab, in der internationalen Arbeiterschaft ein ratschliches Instrument des Friedens zu erblicken; der Beschluss des Basler Kongresses erträgt den Frieden äußerlich nur ein Nadelöhr ab. Aber es ist Verlegenheitslachen. In ihnen bewerten sie das Manifest des Friedens doch als Ausdruck einer kriegerisch aufstrebenden Klasse. Der Genossen Verbot unterhält es, all die Fragen in den Bereich der Beziehung zu ziehen, die im modernen Wirtschaftsraum einen Bedeutung für die Kapitalisten interessieren aller Länder herbedürfen müssen. Der Redner zeigt, zu welchen Grauen und Gefahren die Kriege führen müssen. In einer meisterhaften Rede charakterisiert David die Doppelmorale unserer Ordnungsmänner, die da jählein, johraus predigen und schreiben: Friede auf Erden und dem Menschen ein Wohlgefallen und praktisch alles tun, um Frieden und Wohlergehen zu verhindern. Die kämpfende Arbeiterklasse werde beides ertragen. Ein Zentrumredner, Fürst Westenholz, besprach den Basler Kongress. Dieser Herr glaubte aus dem Manifest lesen zu sollen, daß die Sozialdemokratie den Ausbruch eines Krieges durch Revolution verhindern wolle. Dieser Herr, der eine Gymnasialbildung in Österreich erhielt, der zu frühen der Zeiten, ist nun ehrlicher Reichsrat in Bayern, ehrliches Mitglied der ersten Kammer von Württemberg, Baden und Hessen. Dieser „geborene“, durch die Güter seiner Väter politisch ehrlich belastete ehrliche Lebemann wurde ihm Belehrung zuteil, daß man Revolutionen überhaupt nicht mag. Die „Edlen und Erlauchten“ Vorfahren des Fürsten zitterten übrigens weniger vor Revolutionen.

Ab dann beginnen die Staatsberatungen. Der Staat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3.049.702.819 Mark ab. Es ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 2.980.483.2 Mark. Die Mehrerlöse aus Böllen, Steuern und Gebühren sind auf 28.984.943 Mark erzielt. Zur Schuldentlastung sollen 81.751.188 Mark ausgewandert werden. Die Reichsschulden kann im Rechnungsjahr 1913 den Stand von 52.697.266.697 Mark erreichen. Zur Vergütung müssen 173.137.124 Mark ausgewandert werden. Die Einnahmen und Ausgaben der Schuhgebiete begünstigen sich im ordentlichen und außerordentlichen Ester auf 1.623.102.559 Mark. Das sind 21.720.032 Mark mehr als im Vorjahr. In die Staatssumme sind 31.998.080 Mark als Rückzugsfonds für die Kolonien eingestellt. Die Posten Verwaltung des Reichsmarsches, des Reichsmilitärdiensts und der Reichswehr erfordern zusammen eine Ausgabe von 1.381.215.098 Mark. Regelmäßig aber alle für den Militarismus und im Zusammenhang mit diesen steigenden Ausgaben zusammen so ergibt sich die Summe von 1.861.082.636 Mark. Zu dieser Riesensumme ergeht im Vergleich wenig das, was für soziale Zwecke als Ausgabe eingesetzt ist, das sind 65.170.000 Mark für Alters- und Invalidenrente und 1.950.000 Mark für Hinterbliebenenversicherung. Der Vergleich der Summen zeigt deutlich, wie der Militarismus der Preßblock der Sozialreform geworden. Das, was bei der letzten Finanzreform als Ziel dargestellt worden: ablesbare Gestaltung der Reichsfinanzen, ist nicht erreicht. Der Sozialreformer findet neue Steuern an. Es sollen Besitzsteuern kommen; über deren Charakter in man sich aber noch nicht klar. Von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion Frank wurde die Tendenz der Reichseinnahmen, immer mehr aus den breiten Massen herauszudinden, treffend gekennzeichnet. Was man im Staat als sogenannte Verbraucher kennt, zeigt die Neigung, im Kriegszeitigen zu werden. Taggen wachsen die Einnahmen aus Böllen und Verbrauchssteuern. Allein aus Böllen, Tabaksteuer, Zigarettensteuer, Salzsteuer, Brannweinsteuer, Eisenverbrauchsabgabe, Brauerei, Würstchensteuer fließen 1.331.825.000 Mark. Den Belasteten stellen Saarländer in die Arme, um sie an der Besserung ihrer Lage zu hindern. Gründung gelber Vereine, schwarze Bären, einseitige Benutzung der Arbeitsnachweise und die Terroristismusmittel der Unternehmer, deren Anwendung die Regierung ohne ein Wort des Einspruchs abwege lässt. Die Arbeiter wollen sich gegen die Ausdeutung der privaten Versicherung durch Schaffung der Volksversicherung stossen; auch da sucht man ihnen in die Arme zu fallen. Wenn die Lebendhand so geworden sind, daß die Arbeiter zur Selbsthilfe greifen, dann kommt die Regierung, um den erzielten Erfolg in den Weg zu stellen. So bei der Volksversicherung und auch bei der Jugendbewegung. Das Gesetz zeigt keine Schadenfreiheit nur der Arbeiterbewegung. Frank wies dann auch auf die in letzter Zeit mit so viel Elfer behandelte Feindfrage hin. Der Zentrumsprediger Spahn nahm Veranlassung, in seiner Kaisersrede sich mit der Feindfrage zu beschäftigen. Auch Görber sprach in einer mehr als zweifelnden Rede nur von den „Märtern des Feinds“, ob es im lieben Deutschen Reich weni nichts gäbe, mit dem sich die Abgeordneten einer Volkspartei beschäftigen könnten. Spahn hatte der Regierung das Vertrauen aufzuländigen: „Der Bundesrat hat die in dem Ausnahmegebot gegen den Orden der Gelehrten Juu liegenden Angriffe in die bürgerliche und fröhliche Freiheit verharrt. Unter diesen Umständen kann wir zum Reichsland und Bundesrat das Vertrauen nicht haben, daß die Bedürfnisse der Katholiken im Deutschen Reich bei ihnen eine gerechte Behandlung finden; wir werden unter Verhälften dementsprechend einrichten.“ So schloß Herr Spahn seine Rede unter Beifalldrönen des Zentrums.

Der Kanzler beteiligt sich auf das Gege, das evangelische Kreise der Befolkerung wölkten. Trost des Gege, und besonders weil es eine Staatsandrohung nicht ist, können es als sicher und feststellend bezeichnet werden, daß Feinde unbekämpft eine Täuschung im Reiche ausüben werden. Bei Handhabung des Gege habe man sich, besonders in der letzten Zeit, an jedem Nachtmüller, von jeder Schule fern zu halten. — Ist wirklich die Regierung so groß, die Spahn und Görber an die Wand malen? Sind die Katholiken in Ausübung ihrer religiösen Rechte behindert, in ihrem Gewissen beeinträchtigt? Nein nein! Dem wäre ja auch bald abzusehen. Das Zentrum soll doch die Aufhebung des Feindgesetzes beantragen mit den Sozialdemokraten befürworten. Spahn hatte der Regierung das Vertrauen aufzuländigen: „Der Bundesrat hat die in dem Ausnahmegebot gegen den Orden der Gelehrten Juu liegenden Angriffe in die bürgerliche und fröhliche Freiheit verharrt. Unter diesen Umständen kann wir zum Reichsland und Bundesrat das Vertrauen nicht haben, daß die Bedürfnisse der Katholiken im Deutschen Reich bei ihnen eine gerechte Behandlung finden; wir werden unter Verhälften dementsprechend einrichten.“ So schloß Herr Spahn seine Rede unter Beifalldrönen des Zentrums.

Der Kanzler beteiligt sich auf das Gege, das evangelische Kreise der Befolkerung wölkten. Trost des Gege, und besonders weil es eine Staatsandrohung nicht ist, können es als sicher und feststellend bezeichnet werden, daß Feinde unbekämpft eine Täuschung im Reiche ausüben werden. Bei Handhabung des Gege habe man sich, besonders in der letzten Zeit, an jedem Nachtmüller, von jeder Schule fern zu halten. — Ist wirklich die Regierung so groß, die Spahn und Görber an die Wand malen? Sind die Katholiken in Ausübung ihrer religiösen Rechte behindert, in ihrem Gewissen beeinträchtigt? Nein nein! Dem wäre ja auch bald abzusehen. Das Zentrum soll doch die Aufhebung des Feindgesetzes beantragen mit den Sozialdemokraten befürworten. Spahn hatte der Regierung das Vertrauen aufzuländigen: „Der Bundesrat hat die in dem Ausnahmegebot gegen den Orden der Gelehrten Juu liegenden Angriffe in die bürgerliche und fröhliche Freiheit verharrt. Unter diesen Umständen kann wir zum Reichsland und Bundesrat das Vertrauen nicht haben, daß die Bedürfnisse der Katholiken im Deutschen Reich bei ihnen eine gerechte Behandlung finden; wir werden unter Verhälften dementsprechend einrichten.“ So schloß Herr Spahn seine Rede unter Beifalldrönen des Zentrums.

Im Sonnabend trat man in die erste Sitzung des Betriebsmonopole ein, die nicht zu Ende geführt wurde. Vielang hat der Entwurf bei seiner Partei ungeteilte Liebe gefunden. Wie sein Schriftsteller in der Kommission sein will, ist sehr ungewiss.

## Die gelbe Schutzeinheit der Unternehmer.

III.

### Dergelbe Terror.

Die offene und verdeckte, finanzielle und sonstige Unterstützung und Förderung der gelben Gewerkschaften bringt den Unternehmern viel Arbeit und Ausgaben, aber nur selten den erwünschten Erfolg. Da helfen sie dann in der Regel durch Anwendung wirtschaftlicher Zwangsmittel nach. Die direkte oder indirekte Drohung mit der Hungerpeitsche treibt zahlreiche Arbeiter in die gelbe Herde. Es ist eine jedem Kenner der gelben Organisationen selbstverständliche Tatsache, daß dieselben Organisationen, die sich angeblich gegen den „Terrorismus“ der freien Gewerkschaften richten, auf dem brutalen Unternehmerterrorismus aufgebaut sind. Wie die Arbeiter in manchen Betrieben in die gelben Vereine gezwungen werden, mag als besonders instruktiv folgender § 2 aus der Arbeitsordnung der Firma Gebr. Jenisch in Halle (Saale) zeigen:

„Wer in die Beschäftigung eintretende Person ist verpflichtet, der Fabrikanturkunde und dem Arbeitsbeschaffungsverein des Arbeitssystems beizutreten, sie darf nicht als Mitglied noch in einer andern Eigenschaft einer sozialdemokratischen Organisation angehören.“

Man sieht, die Unternehmer sind bei ihrer Verarbeitung für die gelbe Schutzeinheit gar nicht böse. Warum auch, es geht ja gegen den „unverträglichen Terrorismus“ der — Gewerkschaften.

Noch unanständiger als der offene oder verdeckte Terrorismus der Unternehmer ist die Verarbeitung vieler Werkvereinsführer.

Wie offen und radikallos die Gelben den Arbeitern, die sich nicht für die „gute gelbe Sache“ begeistern wollen, mit Schikanen im Arbeitsverhältnis, ja mit der Hungerpeitsche drohen, zeigt folgender Abzug aus einem Werbeslipsblatt, das der Werkverein der Chemischen Fabrik vor Th. Goldschmidt-Essen an die noch nicht gelb organisierten Arbeiter des Betriebes richtete:

„Zum Sie alle Werte darauf legen, längere Zeit auf dem Werk zu bleiben, und sich bei ihrer Arbeit auch wohl zu fühlen, dann schlagen Sie sich am besten dem Werkverein an.“

Das ist recht deutlich und dürfte seine Wirkung auf Arbeiter, bis wegen ihres Alters oder aus andern Gründen auf den Betrieb angewiesen sind, nicht verfehlten. Ebenso deutlich sind manche Mahndreie von Werkvereinen an starke Gähler. Sie enthalten nämlich die offene oder verdeckte Drohung, den Austritt aus dem Werkverein beim Unternehmer anzugeben. In einem Mahndreie des Magdeburger reichsdeutschen Arbeiters, den die „Volksstimme“ veröffentlichte, heißt es am Schluß, der Verein wird „gleichzeitig Ihre Stimme davon in Kenntnis setzen, daß Sie aus dem Verband gestrichen werden sind“. Besonders unverhohlen in der Form und schäbig im Inhalt ist ein Schreiben, das eine in Dresden beschiedene gelbe Vereinigung an eine Menge Arbeitnehmer der „Aru“, Fabrik für photographische Kästen, gerichtet hatte. Die Arbeiter hatten das Verbrechen begangen, den gelben Versammlungsseinladungen nicht Folge zu geben. In dem ihnen zugestellten Schreiben hieß es nun:

„Da Sie die für alle an Sie ergangenen Einladungen keine Folge gesetzt haben, so kann Sie auch hierdurch als eine der Vereinigung feindlich gegenüberstehende Person angesehen und dementsprechend mit aller Strenge bestraft werden. Um aber vollständig im Karen darüber zu sein zu welche Karikatur Sie zu ziehen haben, und der Direktion die genügend genaue Kündigung der ihr kontrarierten Personen zu geben, fordern wir Sie hiermit auf, antworten zu tun am 20. September 1912, abends 1/2 Uhr, im Feueramt „Neugrenadier-Kaserne“, Leipziger Straße 1, ständigen Diensten der Reichsverkehrsverwaltung persönlich zu erscheinen und sich als Muster aufzutun lassen, oder uns die spätestens den 20. September 1912, abends 1/2 Uhr, schriftlichen Beleg zu zutun, daß Sie sich auf diese Anklage nicht stellen wollen.“

Er schreibt Sie nicht zur bestimmteten Zeit im angegebenen Orte, aber geben Sie keine schriftliche Erklärung ab, so setzen wir an, daß Sie von unserer Vereinigung nichts wissen wollen und werden der Direktion diesen Belegbild geben.“

Dieser brutale Terrorismus scheint denselben Herren, die über den „roten“ Terrorismus schreiben, eine den unterdrückten nationalen Zustand zu sein.

Um wird gewiß kein anständiger Mensch glauben, daß die Unternehmer soviel Geld und Mühe aufwenden, ohne ihres Vorteils sicher zu sein. Sowar beweisen Sie öffentlich oft und laut, daß die gelben Vereinigungen nur den Arbeitern nützen und nur die Arbeitnehmer schaden sollen. Wie Sie aber über den Frieden der Gelben beraten und raten, wenn Sie unter sich sind, haben wir schon im ersten Artikel zur Gestalt dargelegt. Hier wollen wir

### die Gelben als Streitbrecher

und eines Arbeitsträger. Die gelbe Bewegung soll zunächst einmal die Arbeiter, reichtiger die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, durch Zersplitterung schwächen. Die Gelben haben einen Teil in die sozialdemokratischen Organisationen — — —, wie das schon jüngste Rundschreiben des Reichsverbundes zeigt. Schließlich dirigiert sich Dr. Grabenhardt, ein Angestellter des Berlins der Arbeitgeberverbände, in einer Bezeichnung in Leipzig mit folgenden Worten:

„Der Staat der gelben Gewerkschaften ist eine der vornehmsten Hindernisse des Überarbeitertreibs, denn die große Bedeutung dieser Arbeiterschaftsgruppe liegt darin, daß sie einen neuen Teil in die Arbeiterschaft bringt.“

Sonst nutzt man den Unternehmern und ihren politischen Vertretern höchst beharrlich, die gelbe Bewegung sollte die Front der gegen die freien Gewerkschaften richten. Nur diese sollten gründigste, gezielteste werden. Dies ist nur insoweit richtig, als die freien Gewerkschaften in einer Linie bekämpft werden, aber nicht bedacht, weil sie „sozialdemokratisch“ sind, sondern deshalb, weil sie die Partei, in deren Gefolge entstehen und an Erfolgen teilhaben Organisationsgruppe sind. Es ist ganz verständlich, daß die Unternehmer kein Hindernis gegen den Frieden rütteln, der ja am bestufigen bedeutet.

Es ist aber nicht wahr, daß die gelben Gründungen sich ausschließlich gegen die freien Gewerkschaften richten. Es werden auch gelbe Gewerkschaften gegründet, die freie Gewerkschaften wenig oder gar keinen Kontakt haben. Die Hauptpartei bei anderen Organisationenrichtungen liegt. So wurde (nach Guilemann) im Staßfurt-Dörzbach ein Werkverein gegründet, weil mehrere katholische Schuhfabrikanten „Antritt für die christlichen Gewerkschaften“ und die Werkvereine des Städtebau Halle-

vereins wurden gegründet, „um der Agitation der christlichen Gewerkschaften entgegenzutreten“. Auch werden in den Werkvereinstäuben nicht mit Mitgliedern der freien Gewerkschaften vom Beitritt ausgeschlossen, sondern in vielen Fällen einfach alle anderweitig Organisierten. Am umfassendsten und sichersten ist in dieser Hinsicht wohl die folgende Bestimmung aus dem Statut des Unternehmensvereins der Siemens-Schuckert-Werke, Berlin:

„Ausgeschlossen werden Mitglieder, welche Mitglieder einer Arbeiterorganisation werden, die auch in einem Teile der freien Gewerkschaften beschäftigte Arbeitervielfalt umfaßt, oder eine solche Organisation in irgendeiner Form unterstützen.“

Danach können also selbst evangelische Arbeitervereinleiter oder katholische Facharbeiter ausgeschlossen werden. Die Firma erhält Anspruch auf das Monopol, ganz allein ihre Arbeiter organisierten zu dürfen! Sie ist demnach dieselben Ansicht wie Direktor Bug von der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, der zu einer Deputation des Verbandes der technisch-industriellen Beamten sagte: „Für Vermeidung von Missverständnissen will ich doch gleich erklären, daß es bei uns vollkommen gleich ist, um welche Gewerkschaften es sich handelt, ob christlich oder Hirsch-Dundersche.“ In unseren Augen sind alle Gewerkschaften sozialdemokratisch.“ Womit deutlich ausgedrückt ist, daß die Unternehmer jeden Verdacht, die Lage der Arbeiter zu heben, als ein sozialdemokratisches Unterfangen ansehen. Ein Ansicht, die sehr ohnmächtig für die sozialdemokratische Partei ist.

Die Zersplitterung und die damit bewirkte Schwächung der Arbeiter genügt den Unternehmern nicht. Sie fordern mehr für ihr Geld. Vor allem sollen die Gelben Werkvereine bei wirtschaftlichen Kämpfen direkt und offen für die Unternehmer Partei ergreifen — sie sollen Streikbrecher werden. Das ist zwar nirgend ausdrücklich als Programm festgelegt, aber es ist die stets vorliegende Voraussetzung und die regelmäßige Praxis. So verabschiedete den Unternehmern, daß die Gelben nicht nur Streikbrecher schlecht hin, sondern ganz besonders zuverlässige, gegen jede moralische Rückenstärkung gefestigte Streikbrecher sind. In einem Brief an einen Unternehmer Szubinski ermahnt er diesen, für die Arbeitswilligen den gelben „Bund“ zu abonnieren; denn sonst wären sie nur Streikbrecher, aber keine Gelben“, und auf diese nichtgelben Streikbrecher sei „in der Stunde der Gefahr kein Verlaß. Sie können von den Stören leicht beschwichtigt werden.“ Wie bei den richtiggehenden Gelben der Streikbruch praktisch gefühlt, eingeleitet, angemündigt und belohnt wird, zeigt sich im Jahre 1911 bei dem Streit in der Badischen Kali- und Soda-fabrik in Ludwigshafen. Diese Firma hatte kurz vor Ausbruch des Kampfes einen gelben Werkverein gegründet, der sich nun bei dem Kampfe die Spuren verdienten wollte. Wie er dabei vorging, zeigt folgende Resolution:

„Die am 24. Juli tagende Versammlung des Arbeitervereins der Badischen Kali- und Soda-fabrik nimmt Standort vor der brachenden Streikbewegung, die sie im Hinblick auf die unberechtigten Forderungen der in gutem Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter nur verantworten will. Ihren Grundstein ihres Vereins neigen den Interessen der Arbeiter auch diejenigen der U. S. S. nach denen Kräften zu fördern, führt sich die heutige Versammlung bestmöglichst, in der jekleinste Schwierigkeit Vorsicht und Zurückhaltung zum Ausdruck zu bringen. Die Versammlung glauben, dies am besten dadurch zu können, daß sie jetzt nicht nur auf ihrem Platz austarzen, sondern erklären, auch jeder Arbeit, die ihnen zugewiesen werden soll, folge zu lassen.“

Die Betriebsleitung holt für so viel Hunderttausend herzliches Verständnis. Sie antwortete sofort, daß sie diese „Kneipe“ treuer Unabhängigkeit“ entsprechend beishalten werde. Sie sei „in dem Entschluß bestärkt, in der stellten Ablehnung der an und gestellten Forderungen zu verharren.“ „Gelten“, so fügt sie hinzu, „Arbeitsniederlegungen in größerem Maßstab erfolgen, so sind wir überzeugt, mit Unterstützung Ihres Vereins unsere Betriebe aufrechtzuhalten zu können.“ Kurz darauf kündigte sie an, daß jeder Arbeitswillige neben seinem Lohn eine Prämie von 2 bis 6 Pfund pro Woche erhalten würde. Diese offene Prämierung des Vertrags ist nicht vereinbart. Dass sie zur Hebung des moralischen Niveaus der Arbeiter beitragen könnte, wird kein einfältiger Mensch behaupten wollen.

**Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen als Folge der gelben Tätigkeit.**

Doch die gelben Werkvereine den Unternehmern nicht nur im Kampf mit den Gewerkschaften eine Schutzeinheit sein, sondern auch in Friedenszeiten die Arbeitsbedingungen zugunsten der Unternehmer beeinflussen sollen, bedarf kaum der besonderten Sicherstellung. Es ist gar nicht zu beweisen, daß ein Unternehmer, der eine um einige Arbeiterschaft vor sich, eine altezeit willkürliche Schutzeinheit hinter sich hat, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen leicht durchsetzen kann. Als die Zwickauer Hüttle im Jahre 1908 trotz 45 Prozent Dividende die Löhne herabgesetzt, bemühte sich die Beitung des gelben Hüttlervereins den Arbeitern klarzumachen, daß diese Kürzung im Interesse des Unternehmers und damit indirekt auch im Interesse der Arbeiterschaft liege. Die Hüttledirektion hatte allerdings von den 435 000 Mark, die sie infolge der Lohnabzüge sparte, 150 000 Mark dem Hüttlerverein als ganzzweckiges Kapital überwiesen. Es war also immerhin eine nicht ganz kleine Summe, mit der sie ihren großen Schaden heruntergemacht hatten.

Leichter als für eine Lohnherabsetzung lassen sich die törichten gelben Arbeiter schon für eine Verlängerung der Arbeitszeit gemacht. Eine solche läßt sich nicht nur mit dem halb dummen und halb pfiffigen Hinweis auf die „Freiheit der Arbeit“, die jedem wehrhaft Gelben über alles gehen muß, begründen, sondern noch wirksamer mit dem Hinweis auf den Wehrdienst, der bei längerer Arbeitszeit angeblich herausgeholzt wird. Klassischer Ausdruck findet diese Auslassung in einem Vortrage, den der von den Unternehmern vorgehoben „Schöpfer“ der Berliner Werkvereine, Baland, in einer Versammlung der Gelben (am 14. Juni 1908) hielt und in dem er weiter andeutete, daß:

„Der Betrieb verschuldet die unverhältnismäßig lange Arbeitszeit. Schon um 1/4 Uhr nach dem Aufhören zu arbeiten. Wenn man nur zwei Stunden länger arbeiten würde, würden die Betriebe, die 15 St. die Gründe verdienen, mit dem zweijährigen Wehrdienst auf 18 St. die Weise wechseln. Das macht 600 Mill. jährlichen Schwerpunkt aus.“

Das der Stundenlohn von 75 Pfennig nur durch die Kürzung des geschätzten Verbandes erreicht wurde und daß es bei einer Verlängerung der Arbeitszeit unvermeidlich fallen würde, soll dem breiten Gelben offenbar gar nicht in den Sinn. Ein Führer der Augsburger Gelben, El. Chatelet, erklärte in einer Versammlung im Mai 1908, die Mitglieder des

gelben Werkvereins der Maschinenfabrik hätten der Direktion des Werkes „auf bezügliche Anfragen keinen Weisefeld darüber gelassen, daß es ihnen nicht um weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu tun ist, sondern darum, weitere Wohlfahrtseinrichtungen zu erhalten.“

Man kann sich denken, daß die Firma von dieser Haltung ihres Werkvereins enttäuscht ist. Arbeiter, die leicht verlädt werden, um Wohlfahrt darum zu erüben, sind außerhalb der Werkvereine erheblich vermehrt. Übertragen werden diese Gelben höchstens noch von dem „Arbeiterunterstützungsverein Birmasens“, der vor einigen Jahren seine Mitglieder zu einer Versammlung mit folgender Tagesordnung einberief:

„Wie können wir einer eventuellen Lohnförderung und Arbeitszeitverkürzung wirkungsvoll entgegenarbeiten, um unsre Herren Fabrikanten vor Schaden zu bewahren?“

Da ist wirklich jeder Kommentator überflüssig.

Zum Schluß dieses Artikels nach einem Beispiel positiver Tätigkeit der gelben Werkvereine aus letzter Zeit. In einer Abteilung der „Continental-Gasouthouse- und Gulappercha-Compagnie“ in Hannover, einem Nischenunternehmen mit rund 7000 Arbeitern, sammelte der gelbe Werkverein Unterschriften zu einem Gesuch an die Betriebsleitung um Verlängerung der Arbeitszeit. Von nicht gelben Arbeitern wurden sie darauf aufmerksam gemacht, daß die Verkürzung dieses Verlangens Entlassungen von Arbeitern zur Folge haben würde. Diese Einwände lösen die Gelben einfach ab mit den Worten: „Na, dann werden die Überflüssigen eben entlassen!“ Die Direktion kam dem Verlangen der Gelben bereitwillig nach und verlängerte die Arbeitszeit. Die unmittelbare Folge davon war, daß in der Abteilung etwa 80 Arbeiter entlassen wurden. Diese Art von Vertretung der Arbeiterinteressen scheint allerdings lediglich den Indifferenzen gegen den Streik gegangen zu sein, denn die Folge waren zahlreiche Anmeldungen zum Verband der Fabrikarbeiter.

## Keramische Industrie

### Die Ziegelseitler und die 14-tägliche Kündigung und Lohnzahlung.

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß der „Centralverband deutscher Ziegelmeister“, der seinen Sitz in Lippe hat, mit einer Lohnförderung an die Ziegelseitler herangetreten ist. Im Anschluß daran forderte er auch die Einführung der 14-täglichen Kündigung und Lohnzahlung, eine Forderung, die wir schon immer erhoben und in zahlreichen Gegenden auch durchgesetzt haben. Die diesbezügliche Forderung der Ziegelmeister lautet:

„Für Herbeiführung eines unbedingt notwendigen einheitlichen Beitrags- und Lohnungsverhältnisses für die Ziegelindustrie sind zwischen dem Ziegelseitler beginnend und den Ziegelerarbeitern anderseits die Kündigungstermine auf den 1. und 15. die Lohnzahlungstage auf den 7. und 21. eines Monats in allen betreffenden Ziegelerbetrieben, in denen die Kündigungstermine noch nicht vorhanden sind, festzulegen. Am Anfang des Ziegelmeisters für 1913 zu leitenden Betrieben ist die Kündigung anzusehen. Überhaupt sollen hier von die Vereinbarungen bleiben, die an ein Arbeiterverhältnis der ganzen Kampagne lauten.“

Wir haben schon damals unsre Betümmerung ausgedrückt, daß die Ziegelmeister diese Forderungen erst bei den Ziegelseitlern erheben, wo sie doch als Altordziegelmeister — um solche handelt es sich nur — genügend Selbständigkeit besitzen, um die genannten Forderungen ohne die Zustimmung der Besitzer einzuführen. Der Altordziegelmeister nimmt seine Arbeiter an, entlädt und entlädt sie. Der Ziegelseitler kümmert sich darum nicht, wenn nur der Meister die vertraglich festgelegte Anzahl Ziegel liefert. Wollen die Ziegelmeister die 14-tägliche Kündigung einführen, so sieht ihnen dabei nichts im Wege, sie brauchen ihren Willen nur in die Tat umzusetzen.

Wenn nun die Ziegelmeister trappend erst um die Zustimmung der Ziegelseitler einkommen, so erweist das den Anschein, als sollte da Komödie gespielt werden. Die Ziegelmeister haben ancheinend gar nicht den Willen, die 14-tägliche Kündigung einzuführen, weil sie damit einen wichtigen Knebel der Arbeiterschaft aus den Händen geben. Mit den Kampagneverträgen ist es ihnen möglich, die Arbeiter gefügiger und willensloser, ihren Interessen dienstbarer zu machen. Da die Ziegler aber immer ungestüm für die Beleidigung dieser mittelalterlichen Gesetzgebungen eintreten, besitzen die Ziegelmeister nicht mehr den Mut, für die Erhaltung derselben öffentlich einzutreten. Deshalb verzehnen sie sich hinter den Ziegelseitlern, verlangen von diesen die Einführung der Kündigung in der Kampagne und gehorchen.

Wir haben schon damals unsre Zustimmung ausgedrückt, daß die Ziegelmeister diese Forderungen erst bei den Ziegelseitlern erheben, wo sie doch als Altordziegelmeister — um solche handelt es sich — genügend Selbständigkeit besitzen, um die genannten Forderungen ohne die Zustimmung der Besitzer einzuführen. Der Altordziegelmeister nimmt seine Arbeiter an, entlädt und entlädt sie. Der Ziegelseitler kümmert sich darum nicht, wenn nur der Meister die vertraglich festgelegte Anzahl Ziegel liefert. Wollen die Ziegelmeister die 14-tägliche Kündigung einführen, so sieht ihnen dabei nichts im Wege, sie brauchen ihren Willen nur in die Tat umzusetzen. Wenn nun die Ziegelmeister trappend erst um die Zustimmung der Ziegelseitler einkommen, so erweist das den Anschein, als sollte da Komödie gespielt werden. Die Ziegelmeister haben ancheinend gar nicht den Willen, die 14-tägliche Kündigung einzuführen, weil sie damit einen wichtigen Knebel der Arbeiterschaft aus den Händen geben. Mit den Kampagneverträgen ist es ihnen möglich, die Arbeiter gefügiger und willensloser, ihren Interessen dienstbarer zu machen. Da die Ziegler aber immer ungestüm für die Beleidigung dieser mittelalterlichen Gesetzgebungen eintreten, besitzen die Ziegelmeister nicht mehr den Mut, für die Erhaltung derselben öffentlich einzutreten. Deshalb verzehnen sie sich hinter den Ziegelseitlern, verlangen von diesen die Einführung der Kündigung in der Kampagne und gehorchen.

Am 9. Januar haben nun die organisierten Ziegelseitler von Rheinland-Westfalen in einer Generalversammlung zu Düsseldorf zu den Forderungen des Meisterverbandes Stellung genommen. Nach lebhaftester Aussprache wurde zu der Kündigung folgender Beschluß gefasst:

„Die Versammlung kann von dem durchaus befriedeten, alle Beteiligten — Ziegelseitler, Ziegelmeister und Ziegelerarbeiter — gleichmäßig verpflichtenden Kampagneverträge mit Rücksicht auf die eigene des Ziegelmeisters als Sonderarbeitszeit um nahezu ausschließlich längere Sonderarbeitszeit zu tun, als diese Verpflichtung für die volle Kampagnedauer nach der längeren Aussprachung des Zippischen Ziegelmeistervertrags, also einer als präzise und importanter zu erachtenden Stelle, dem Reichsbewohnerrecht und dem Gewohnheitsrecht der in Betracht kommenden Kreise entspricht.“

Zudem ist die Verarbeitung auf Einführung der vierzehntägigen Kündigungstage aus rein agitatorischen Gründen und mit dem ausgedehnten Ziel einer Erleichterung von Streik und Arbeitszeitverkürzung nur von einer nach Mitgliedschaft und Güte passende Befreiung der Ziegelseitler legitimieren Organisationen gegeben und bisher auch von den Ziegelmeistern als unberechtigt und ungewöhnlich bekämpft worden. Wenn der Ziegelseitlerverband diese Forderung, freilich nur in besagter Weise, jetzt übernommen hat, so können die Ziegelseitler einem folgen unverhinderlichen Durchsetzen der

Gehaltsbedingungen eines kleinen Teils der Arbeiterschaft mög-  
lich.

Die Ziegelmäster durften nun wohl erleichtert aufatmen, denn die Ziegeleibesitzer haben ihnen den erwarteten Viebedienst geleistet. Allerdings sieht sich die Ablösung der Kündigung auf recht un-  
bedeutende Gründe. Punktuell ist es ein Hobby, wenn da von einem  
„beamten, gleichmäßig verpflichtenden Kampagnevertrag“ gesprochen wird. Beweise hat sich dieser bis jetzt nur für die Beifahrer und Meisteraufseher, nicht aber für die Zieger, die so doch deshalb diese Abgangsjade los sein wollen. Und wo sind dann die „gleichmäßigen“ Pflichten geblieben? Der Zieger mußte wohl unter allen Umständen ausdrücken, seine eingegangene Pflicht vollauf  
zu erfüllen. Aber die Afordmeister haben es sehr häufig ver-  
standen, sich von ihren Pflichten zu drücken, indem sie unbekümmerte Arbeit nach Betrieben vom Betrieb etablieren oder sich am Kampagne-  
schluss bei Anwendung der höchsten Mittel ihrer finanziellen  
Pflicht zu entzögeln suchten. Und das trifft auch für die Beifahrer zu. Nun braucht da nur an die Wirkstände der verschiedenen Ge-  
biets der Ziegeleien zu erinnern.

Sehr viel besser sieht es mit dem Ziegergewerbegericht in Lippe, als der „unparteiischen Stelle“ aus. Da genügt schon zu erahnen, daß die Beifahrer dieser „unparteiischen Stelle“ aus drei Unternehmern und einem Arbeiter bestehen. Und diese „unpar-  
teische Stelle“ hat die mittelalterliche, nach Obrigkeit bestuhlte Ein-  
richtung des Kampagnevertrags bis zum heutigen Tag konserviert, und das nennt man nun „Rechtsbewußtsein“ und „Gewohnheits-  
recht“, an dem nicht gerüttelt werden darf. Nicht leicht ist auch die Aussicht, die Kündigung werde aus agitatorischen Gründen von einer nach der Mitgliederzahl einfluslosen Organisation gestellt, zu dem Zweck, eine Gleichsetzung der Streits herbeizuführen. Diese ein-  
fluslose Organisation, die wie die Ziegeleibesitzer hier beladen, nicht als Vertreterin der Zieger gelten kann, ist der „Gewerbeverein der Zieger in Lippe“, der die Kündigung gelegentlich der „christlichen“  
Bahnbewegung zu seiner Forderung erhob.

Die Ziegeleibesitzer haben dabei aber vergessen, daß die Kündigung nicht nur vom „Gewerbeverein“, sondern auch von allen anderen Organisationen und vor allen Ziegeln schon seit länger Zeit gefordert wird. Schon der Hinweis auf die „agitatorischen Gründe“ beweist ja, daß die Zieger die Kündigung verlangen, denn mit etwas Überstüppigem kann man nicht agieren. Allerdings soll auch durch die Kündigung eine Erleichterung des Streits geschaffen werden. Der Streit soll aber doch nur dazu dienen, die oft schandhaften Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern, die unter dem Zwang des Kampagnevertrags gezwungen werden. Das ist es aber, was die Ziegeleibesitzer nicht wollen. Die Zieger sollen keine menschenwürdigen Existenzbedingungen haben, sie sollen keine freien Menschen werden; der Ausspruch des Bischofs von Regensburg: „Wer knecht ist, muß knecht bleiben“, ist ja schon immer das Lösungswort der Herren gewesen. Werden den Ziegeln annehmbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse geboten, so brauchen die Ziegeleibesitzer weder den Streit noch den Arbeiterwechsel zu fürchten. Die ablehnende Haltung der Ziegeleibesitzer ist aber für die Zieger, soweit sie bei Afordmästern arbeiten, nicht maßgebend, denn sie haben mit den Ziegeleibesitzern ja nichts zu tun. Sie arbeiten bei den Meistern, und diese haben sich, wenn auch nur zum Scheine, für die Kündigung erklärt. Da dieser Erklärung ist bei der Arbeitser-  
nahme unter allen Umständen festzuhalten, kann Zieger losse sich die Kampagneabgangsjade übermerken.

Zu der täglichen Bezahlung sah die Versammlung folgenden Beschluß:

„Die Bezahlung steht erneut fest, doch auch bisher kann fast allgemein Lohnabzugszahlungen in älteren Kaufmannschaften, meist alle 14 oder 8 Tage, gesehen werden. Sie empfiehlt auch ihrerseits wiederholte ihren Mitgliedern, dem Ziegeleimaster rechtzeitig innerhalb des Kurses seiner Pristungen Abzugszahlungen zur Verzehrung zu stellen, die es ihm ermöglichen, den Arbeitern alle vier-  
zehn Tage den Lohn voll auszuzahlen. Das gesetzliche Recht der Einbehaltung eines Wochenlohnes soll hierdurch nicht be-  
rührt werden.“

Damit wäre die 14-tägliche Lohnzahlung zugestanden. Es ist aber nicht anzunehmen, daß nun alle Ziegeleimäster davon Gebrauch machen. Die Zieger werden deshalb allerwärts auf den Posten sein müssen, damit ihnen dieses Zugeständnis nicht vorenthalten bleibt.

Die von dem Ziegeleimästerverband geforderte Lohn erhöhung wurde abgelehnt, mit der Begründung, daß die Ziegeleimäster den Beweis, daß der ihnen verbleibende Gewinn nicht mehr angemessen sei, nicht zu erbringen vermochten. Dann heißt es weiter:

„Geben darf nicht übersehen werden, daß schon die Be-  
haltung der jetzigen Lohnsätze dem Arbeitgeber einseitig die Rausfälle infolge der niedergehenden Kauf-  
marktzinsen aufzulegen und noch weiterhin auferlegen wird.“

Dies klingt schon wie die „Aufzufüllung einer baldigen Lohnabzugszahlung“. Die Beibehaltung der jetzigen Lohnsätze geht den Ziegeleigewerken schon zu weit. Sie hätten schon längst etwas abgezweckt, wenn sie die derzeitige Bewegung der Ziegeleiarbeiter nicht gefürchtet hätten. Jetzt aber, wo die Bahnbewegung der Bau-  
arbeiter vor der Tür steht und dadurch im nächsten Jahre eine Ab-  
flösung der seitherigen flotten Konjunktur zu erwarten ist, wähnen die Herren die Zeit günstig, um den Arbeitern eine Lohnabzugszahlung an-  
zufündigen. Wenn die Kurzierung der Lohnsätze für die Ziegeleimäster wird von diesen in verstärkter Form an die Arbeiter weitergegeben. Die Ziegeleiarbeiter haben deshalb Ursache genug, sich bei zentraler einer starken Organisation anzuschließen, um für alle Fälle gerüstet zu sein.

#### — Zu den Ortsverwaltungen!

Die Fälle, in denen Ziegeleiarbeiter durch Ortsverwal-  
tungen der Allordziegelmeister um ihren Arbeitslohn herumgebracht wurden, mehren sich. In der Regel handelt es sich dabei um solche Meister, die „preußisch“ eingerichtet sind, das heißt, selbst nichts haben. Ihr Hab und Gut gehört ihren Frauen oder Kindern, so daß Klagen und Erschließungen erfolglos bleiben. Um diese Fälle zu defektieren, den Arbeitslohn der Kollegen höher zu stellen, soll dem Meisterstag eine Petition unterschrieben werden, die verlangt, daß in den genannten Fällen der Ziegeleibesitzer für den Arbeitslohn haftbar ist. Dazu bedürfen wir aber eines umfassenden Materials, und wir ersuchen deshalb die Ortsverwaltungen, die benötigte Material, das seine gesetzliche Verpflichtung erfüllt hat, bis Januar 1913 an uns gelangen zu lassen.

#### Die Brancheleitung.

#### — Zur Arbeitsermittlung in der Ziegeleindustrie.

Die Beibehaltung von Arbeitslohn in der Ziegeleindustrie war früher für die Gewerkschaften eine schwierige Angelegenheit, weil

an. Das trifft besonders dann zu, wenn die Beibehaltung durch dritte Personen, durch Arbeitsermittler geschieht. In diesem Falle hat wieder der Ziegeleibesitzer die Garantie, daß die eingesetzte Arbeitsermittler ebenso wie die Arbeiter, daß sie keine lohnende Arbeitsermittlung erfüllen. Sicherlich dieses Kapitel schris vor einiger Zeit ein Herr Kastell in der „Tonindustriezeitung“ folgendes erbauliche Geschichten: „Da ich in sechzehn Jahren mit der Beibehaltung nicht gerade eine glück-  
liche Hand gehabt habe und mit ungünstigerweise mehrere Angestellte von Arbeitsermittlern in die Hände geraten, so nahm ich dies als ganzes Vorzeichen und behielt bislang mein Hell mit einem Arbeits-  
unternehmen zu vermeiden. Die Arbeitsermittlungen stellt die gewöhnliche Anzahl Deute mit vorbehaltlosen Papieren gegen einen sekundären Kunden, bzw. Allordnung, mit einem deutlich sprechenden Aufschrift. Dieser erkennt und bestätigt die Deute selbst, so daß der Arbeitsermittler mit den Arbeitern unmittelbar nichts zu tun hat. Die Hilt und Rück-  
reise für die täglichen Deute hat der Arbeitsermittler zu tragen. Arbeitser-  
mittler, der vor dem Zoll abgehen, werden kostenfrei erzeigt. Auf ein solches An-  
gebot ging ich ein. Ich den Mann wurden an Arbeitsstellen für die Her-  
steller ab. Nun braucht da nur an die Wirkstände der verschiedensten Ge-  
biets der Ziegeleien zu erinnern. Und wo sind dann die „gleichmäßigen“ Pflichten geblieben? Der Zieger mußte wohl unter allen Umständen ausdrücken, seine eingegangene Pflicht vollauf  
zu erfüllen. Aber die Afordmeister haben es sehr häufig ver-  
standen, sich von ihren Pflichten zu drücken, indem sie unbekümmerte Arbeit nach Betrieben vom Betrieb etablieren oder sich am Kampagne-  
schluss bei Anwendung der höchsten Mittel ihrer finanziellen  
Pflicht zu entzögeln suchten. Und das trifft auch für die Beifahrer zu. Nun braucht da nur an die Wirkstände der verschiedenen Ge-  
biets der Ziegeleien zu erinnern.“

Sehr viel besser sieht es mit dem Ziegergewerbegericht in Lippe, als der „unparteiischen Stelle“ aus. Da genügt schon zu erahnen, daß die Beifahrer dieser „unparteiischen Stelle“ aus drei Unternehmern und einem Arbeiter bestehen. Und diese „unpar-  
teische Stelle“ hat die mittelalterliche, nach Obrigkeit bestuhlte Ein-  
richtung des Kampagnevertrags bis zum heutigen Tag konserviert, und das nennt man nun „Rechtsbewußtsein“ und „Gewohnheits-  
recht“, an dem nicht gerüttelt werden darf. Nicht leicht ist auch die Aussicht, die Kündigung werde aus agitatorischen Gründen von einer nach der Mitgliederzahl einfluslosen Organisation gestellt, zu dem Zweck, eine Gleichsetzung der Streits herbeizuführen. Diese ein-  
fluslose Organisation, die wie die Ziegeleibesitzer hier beladen, nicht als Vertreterin der Zieger gelten kann, ist der „Gewerbeverein der Zieger in Lippe“, der die Kündigung gelegentlich der „christlichen“  
Bahnbewegung zu seiner Forderung erhob.

Die Ziegeleibesitzer haben dabei aber vergessen, daß die Kündigung nicht nur vom „Gewerbeverein“, sondern auch von allen anderen Organisationen und vor allen Ziegeln schon seit länger Zeit gefordert wird. Schon der Hinweis auf die „agitatorischen Gründe“ beweist ja, daß die Zieger die Kündigung verlangen, denn mit etwas Überstüppigem kann man nicht agieren. Allerdings soll auch durch die Kündigung eine Erleichterung des Streits geschaffen werden. Der Streit soll aber doch nur dazu dienen, die oft schandhaften Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern, die unter dem Zwang des Kampagnevertrags gezwungen werden. Das ist es aber, was die Ziegeleibesitzer nicht wollen. Die Zieger sollen keine freien Menschen werden; der Ausspruch des Bischofs von Regensburg: „Wer knecht ist, muß knecht bleiben“, ist ja schon immer das Lösungswort der Herren gewesen. Werden den Ziegeln annehmbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse geboten, so brauchen die Ziegeleibesitzer weder den Streit noch den Arbeiterwechsel zu fürchten. Die ablehnende Haltung der Ziegeleibesitzer ist aber für die Zieger, soweit sie bei Afordmästern arbeiten, nicht maßgebend, denn sie haben mit den Ziegeleibesitzern ja nichts zu tun. Sie arbeiten bei den Meistern, und diese haben sich, wenn auch nur zum Scheine, für die Kündigung erklärt. Da dieser Erklärung ist bei der Arbeitser-  
nahme unter allen Umständen festzuhalten, kann Zieger losse sich die Kampagneabgangsjade übermerken.

Zu der täglichen Bezahlung sah die Versammlung folgenden Beschluß:

„Die Bezahlung steht erneut fest, doch auch bisher kann fast allgemein Lohnabzugszahlungen in älteren Kaufmannschaften, meist alle 14 oder 8 Tage, gesehen werden. Sie empfiehlt auch ihrerseits wiederholte ihren Mitgliedern, dem Ziegeleimaster rechtzeitig innerhalb des Kurses seiner Pristungen Abzugszahlungen zur Verzehrung zu stellen, die es ihm ermöglichen, den Arbeitern alle vier-  
zehn Tage den Lohn voll auszuzahlen. Das gesetzliche Recht der Einbehaltung eines Wochenlohnes soll hierdurch nicht be-  
rührt werden.“

Damit wäre die 14-tägliche Lohnzahlung zugestanden. Es ist aber nicht anzunehmen, daß nun alle Ziegeleimäster davon Gebrauch machen. Die Zieger werden deshalb allerwärts auf den Posten sein müssen, damit ihnen dieses Zugeständnis nicht vorenthalten bleibt.

Die von dem Ziegeleimästerverband geforderte Lohn erhöhung wurde abgelehnt, mit der Begründung, daß die Ziegeleimäster den Beweis, daß der ihnen verbleibende Gewinn nicht mehr angemessen sei, nicht zu erbringen vermochten. Dann heißt es weiter:

„Geben darf nicht übersehen werden, daß schon die Be-  
haltung der jetzigen Lohnsätze dem Arbeitgeber einseitig die Rausfälle infolge der niedergehenden Kauf-  
marktzinsen aufzulegen und noch weiterhin auferlegen wird.“

Dies klingt schon wie die „Aufzufüllung einer baldigen Lohnabzugszahlung“. Die Beibehaltung der jetzigen Lohnsätze geht den Ziegeleigewerken schon zu weit. Sie hätten schon längst etwas abgezweckt, wenn sie die derzeitige Bewegung der Ziegeleiarbeiter nicht gefürchtet hätten. Jetzt aber, wo die Bahnbewegung der Bau-  
arbeiter vor der Tür steht und dadurch im nächsten Jahre eine Ab-  
flösung der seitherigen flotten Konjunktur zu erwarten ist, wähnen die Herren die Zeit günstig, um den Arbeitern eine Lohnabzugszahlung an-  
zufündigen. Wenn die Kurzierung der Lohnsätze für die Ziegeleimäster wird von diesen in verstärkter Form an die Arbeiter weitergegeben. Die Ziegeleiarbeiter haben deshalb Ursache genug, sich bei zentraler einer starken Organisation anzuschließen, um für alle Fälle gerüstet zu sein.

#### — Zu den Ortsverwaltungen!

Die Fälle, in denen Ziegeleiarbeiter durch Ortsverwal-  
tungen der Allordziegelmeister um ihren Arbeitslohn herumgebracht wurden, mehren sich. In der Regel handelt es sich dabei um solche Meister, die „preußisch“ eingerichtet sind, das heißt, selbst nichts haben. Ihr Hab und Gut gehört ihren Frauen oder Kindern, so daß Klagen und Erschließungen erfolglos bleiben. Um diese Fälle zu defektieren, den Arbeitslohn der Kollegen höher zu stellen, soll dem Meisterstag eine Petition unterschrieben werden, die verlangt, daß in den genannten Fällen der Ziegeleibesitzer für den Arbeitslohn haftbar ist. Dazu bedürfen wir aber eines umfassenden Materials, und wir ersuchen deshalb die Ortsverwaltungen, die benötigte Material, das seine gesetzliche Verpflichtung erfüllt hat, bis Januar 1913 an uns gelangen zu lassen.

#### Die Brancheleitung.

#### — Zur Arbeitsermittlung in der Ziegeleindustrie.

Die Beibehaltung von Arbeitslohn in der Ziegeleindustrie war früher für die Gewerkschaften eine schwierige Angelegenheit, weil

Mehrheit genügt nicht, Arbeit gegen keinen Willen aufzunehmen. Der betreffende Mitarbeiter, der durch diese Tätigkeit das Ansehen der „Gewerkschaftsstimmung“ so sehr schädigte, war zugleich mein Vorgesetzter, es war der Herr Generaldirektor des Camald, der mich durch meine Stellung emeritierte und mich bei den Mitgliedern als geling nicht vor-  
wurf verhängte.

b. Ich habe selbst eine Dame von der Prinzipal Universität, die von mir übertrul über die Gewerkschaftsstimmung, an ihrem Sekretär Kremer und an die Redaktion des „Proletariers“ verlesen in der Annahme, daß man dort über die betreffenden Verhältnisse bestens orientiert sei, während ich über die Betriebsangelegenheiten in denen ich Vertrieb wußte, mehrfach Auskunft an Studierende verlieh.

b. Ich gehöre heute leider einer der beiden Richtungen der Arbeiters-  
bewegung an und habe daher auch keine Mittel an der Hand, um mich gegenfeinde gegen Angestellte zu rechtfertigen. Ich kann also ich außer einem katholischen Vereinsblatt keine Zeitung irgend einer Organi-  
sation, so nicht zu kaufen. Ich habe den Mann werden an Arbeitsstellen für die Her-  
steller ab. Nun braucht da nur an die Wirkstände der verschiedenen Ge-  
biets der Ziegeleien zu erinnern.

— Braunschweig, den 25. November 1912.

Johannes Wolf,  
ehemaliger Redakteur der „Gewerkschaftsstimmung“.

Seitdem Herr Wolf. Da er in der Beibehaltungsschriften noch an unsre Loyalkräfte appelliert, sehen wir uns schon in Südwürttemberg auf unsern guten Ruf gewungen, die Falschheit ganz und unverändert aufzunehmen. Dabei bemerkten wir jedoch, daß uns die Angaben, die Herr Wolf in seiner Falschheit anführt, schon seit einigen Jahren bekannt sind. Auch der „Dolwo“-Artikel des Herrn Oswald war uns bekannt. Es ist jedoch nicht unsre Aufgabe, die schriftstellerischen Qualitäten des Generalvorstandes der Schaffensburger Christen nachzuprüfen, und eine Anleihe — selbstverständlich nur eine geistige — bei dem „Proletarier“ gehalten wir gern auch ohne Anfrage. Wir haben halt für die materielle und geistige Notlage unsrer Schaffensburger Brüder in Christo volles Verständnis.

Herr Wolf nimmt dann in seiner Falschheit das Lammlein, das soviel Unrecht dulden muß, obwohl es sich nicht verteidigen kann. Die Rolle ist falsch gespielt. Wir haben Herrn Wolf nicht einmal benannt, sondern nur erklärt, daß die Vorgänger der jetzigen Redaktion der „Gewerkschaftsstimmung“ den „Proletarier“ mehrheitlich und ohne Aufstellungskarte ausgeschrieben haben. Das geschehen ist, hat Herr Wolf in seiner Falschheit ausdrücklich bestätigt. Ob es der betreffende Redakteur nun selber besorgt oder lediglich ein Mitarbeiter, ist belanglos. Jedenfalls lassen wir uns das Recht, auf eine Tatsache hinzuweisen, nicht deshalb nehmen, weil Herr Joh. Wolf sich dadurch geniert fühlen könnte. Auch lehnen wir es ebenso höflich wie entschieden ab, von ihm Bekl-  
erungen darüber entgegenzunehmen, was „gentlemanlike“ ist und was nicht.

Wenn zwei sich jenseit.

Die Festsiegelung den vom Papst nur „geduldeten“ christlichen Gewerkschaften und den vom Papst geobte katholischen Fachobert-  
leuten hört trotz der Mahnung zum Frieden nicht auf. Das Blatt des katholischen Metallarbeiter-Verbandes ist unter der Berliner Konkurrenz in Nummer 47 eine rechtliche halbe Spalte unter der bezeichneten Überschrift: „Ressume und Leistungen“. An sich interessiert es uns natürlich, ob und wie die beiden Christengruppen sich gegenseitig mit Geben-  
und Nehmen überhäufen. In dem Artikel des katholischen Blattes inter-  
essiert jedoch eine Auflistung vorzüglich unserer Streit, die des katholischen Fachobertleuten zum ordlichen Schaden gereicht. Sie gewinnen nicht an Ansehen, will sie keinen Erfolg auf die Gewinnung des Gewerbeverhältnisses ge-  
winnen können. Wie lächerlich die Katholiken nicht nur in der Wehrheit, sondern auch anders Gewerkschaften ge-  
genüber sind, zeigt die oben angeführte Übersicht.

— Unprüfung des Berlino. Bankrotterklärung des Berg-  
werkes im „Arbeiter“ Nr. 44/1912.

Die katholische Erzählerin hat bislang wie eine reiße Frosch erzählt, daß dieser Mangel an Fischen daran liegt, daß die katholischen Fachobertleute in den Fachobertümern (vgl. D. R.) unteren katholischen Ar-  
beitervereinen zum ordlichen Schaden gereicht. Sie gewinnen nicht an Ansehen, will sie keinen Erfolg auf die Gewinnung des Gewerbeverhältnisses ge-  
winnen können. Wie lächerlich die Katholiken nicht nur in der Wehrheit, sondern auch anders Gewerkschaften ge-  
genüber sind, zeigt die oben angeführte Übersicht.

Es ist sonnenklar, daß vor dem dieser Kritik richtig sein kann. Und ebenso klar ist, daß die Selbsternennung, die in der zweiten Sozial-  
demokratie in den katholischen Verhältnissen in den Fachobertümern entspricht. Die Unprüfung in der rechten Spalte kann den, der die tatsächlichen Verhältnisse und die äußeren Erfolge der Berliner kennt, nur bestätigen. Weniger leicht ist, daß ein Blatt, das mit seiner Erkundung so bald wie in 14 Tagen das Gegenteil schreibt, falsch ist.

— Erfolge der englischen Gewerkschaften.

In England wurden im Jahre 1911 durch Gewerkschaften 807 207 Arbeitern (ohne Sekretäre und Eisenbahner) die Lohn erhöht. Ihr 200 Arbeitern eine Verdopplung der Lohnsatzung ist zu verdanken. Durch die Gewerkschaften wird der Betrieb und die Gewerkschaften bedroht, der es einem nach der Sozialdemokratie eingeschlagenen Betrieb anzeigt wird und eine von dieser unter allen Betrieben vorrangige Beschäftigung ist zu fordern. Ein solches Ergebnis schreibt der Berichterstatter aus.

— Erfolge der englischen Gewerkschaften?

Die wegen Mangels an Regierungskundtagen noch keine gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen, bestehende Gewerkschaften wurden von einem Konsortium für 8 Millionen Pfund unter der Bedingung gekauft, daß die interessierten Gewerkschaften 8 Millionen Pfund Kapital dafür investieren. Dafür sollen sie anstreben und der Regierung gegenüber eingesetzt werden. Das ist derart, wie Gewerkschaften nicht die Pläne gegen sie setzen.

— Neuergebnisse der englischen Gewerkschaften?

Einer außerordentlichen Tagung des Gewerkschaftsbundes in West-  
falen ging eine Demonstration voran, der auch Vertreter der englischen und deutschen Gewerkschaften sowie der Internationalen Gewerkschaften teilnahmen. Bei Bekanntgabe der Arbeitsbed

Kundgebung der Gewerkschaftszentrale für die künftige Entwicklung der Bewegung große Bedeutung beigegeben.

#### Ein „Verlager“ der amerikanischen Streikjusit.

Seit einem halben Jahre haben in den Vereinigten Staaten die Gewerkschaftsführer Crotti, Giovannini und Taruso "Int'nschungshalt wegen Streikvergehens". Sie sollten bei einem Textilarbeiterstreik die Tötung einer streikenden Arbeiterschaft verübt haben. Die freikundige Arbeiterschaft war allerdings von einem Polizisten erschossen worden und die drei Angeklagten hatten von der Tat nicht einmal etwas gewusst. Zugleich wurde sie verhaftet und angeklagt. Sie sollten den Streik veranlaßt und dadurch die Arbeiterschaft der Bezahlung, von den Polizisten erschossen zu werden, ausgesetzt haben. Der Prozeß endete jetzt mit Freispruch der Angeklagten; aber schon die Tatwaffe, daß er erhoben wurde, kennzeichnet die Zustände im "freien" Amerika.

## Ankündigungen der „Lederarbeiterzeitung“.

Die „Lederarbeiterzeitung“, Organ des Lederarbeiterverbandes, hat das Bedürfnis, sich von Zeit zu Zeit an unserm Verbande zu reiben. In ihrer Nr. 41 vom 11. Oktober 1912 bringt sie einen Bericht des Verbandsvorsitzenden Wahler über eine Agitationsversammlung in Krieg, wenn Anschuldigungen und Verdächtigungen gegen unsre Organisation enthalten sind, die wir nicht unverdächtigen lassen können. Wahler behauptet darin zunächst den schlechten Verlauf seiner Versammlung und macht uns dafür verantwortlich, indem er folgende Verdächtigung ausspricht: "Aber das gute Werk war nicht allein schuld. 'Zuviel' hatte am Sonnabendabend der Fabrikarbeiterverband ein Vergnügen." Weil also unsre Bohrsche Krieg am Tage vor der Wahlerschen Versammlung ihr Sitzungsspiel störte, versucht Wahler die Sache so darzustellen, als ob wir unser Vergnügen absichtlich — das zugleich in Gänze liegen läßt — zu dem Brod verantwortlich hätten, um seiner Versammlung Abbruch zu tun. Nun müßte doch ein Verbundsvorsteher wissen, daß man ein Sitzungsrecht nicht im Handumdrehen verantwirken kann, daß es vielmehr wochenlang Vorbereitungen dazu bedarf. Die Wahlersche Verdächtigung sieht sich also von selbst.

Weiter summert Wahler, daß in Krieg noch einige Lederarbeiter im Fabrikarbeiterverband sind und er leidet sich dabei nachstehende Ankündigung unsres Verbandes und unsres Ortsbeamten in Krieg: "Die Mitgliedschaft unserer Kollegen dient nur dazu, die Größe des Ortsvereins Krieg des Fabrikarbeiterverbandes und die Unschärbarkeit des örtlichen Leiters zu gewährleisten." Wie Geno Wahler eine derartige Dreistigkeit verantworten kann, müssen wir ihm schon überlassen. Es geht aber in seinen Anschuldigungen noch weiter. Nachdem er in seinem Bericht die niedrigen Löhne der Krieger Lederarbeiter geschildert hat, sagt er uns folgende Leibeswürdigkeiten:

"Der große Fabrikarbeiterverband ist nichts um die elende Lage dieser seiner Mitglieder zu verbessern, aber sein Krieger-Agitor reibt bei den Lederarbeitern umher und rät ihnen ab, in den Lederarbeiterverband zu gehen, da derzeit doch bald banalrot mache. Den kann-tott seinen eigenen Verbandes in Krieg in puncto gewerkschaftlicher Tätigkeit mit den Lederarbeiter erzählt er den Kollegen natürlich nicht. Seit bei plötzlichem Geschäftsgang, wo die Kollegen noch über Stunden mögen müssen, wird ihnen noch am Altarspreis abgerufen, ohne daß sie sich ernsthaft dagegen wehren können."

Dieser Figuren ist, milde gesagt, eine unwahre und böswillige Behauptung. Noch niemals hat unser Krieger-Agitor gemeint, daß damit unser Ortsbeamte jemand vom Kreis in den Lederarbeiterverband abgetreten oder vom Vorsitz des Lederarbeiterverbandes gesprochen. Es ist uns ein Rätsel, wie gerade ein Verbandsvorsteher solche aus den Fingern geflogene Unwahrheiten schreiben kann. Der Zweck der Übung ist der, uns für jeden Misserfolg des Lederarbeiterverbandes verantwortlich zu machen und unsern Verband in den Augen der Mitglieder herabzuheben.

Das ganze Gerede, daß wir viele Mitglieder in der Krieger Lederfabrik haben, daß wir für dieselben nichts tun, daß wir die Arbeit vom Kreis in den Lederarbeiterverband abtreten usw., fällt in sich zusammen mit Aufklärung folgender unanständiger Tatsache: Im Jahre 1905 habe der Lederarbeiterverband in der Krieger Lederfabrik mindestens 120 Mitglieder. Er war aber unfähig, für sie etwas zu tun oder auch um sie zu erhalten, so daß seine Zahl 1907 einging. Nun diese Fei hattet sie einige Lederarbeiter bei uns organisiert, und da die Lederfabrik mit ihren erbärmlichen Löhnen ein wahres Zauberstück ist, die Arbeiterschaft viel leichter, so lange im Laufe der Zeit viele organisierte Fabrikarbeiter aus andern Betrieben da hinein. Es ist daher leicht erklärt, daß wir 1909 ungefähr 80 Mitglieder dort haben. Im Jahre 1909 etablierte sich der Lederarbeiterverband wieder am Kreis und begann uns neu mit der Agitation. Sein erstes war, daß er unsre Mitglieder verlangte. Am 22. April 1910 haben wir auch bereitwillig in einer Sitzung mit den Funktionären des Lederarbeiterverbandes vereinbart, daß unsre jede Agitation unter den Lederarbeitern antreibe und das wir unsre Kollegen veranlassen werden, uns Lederarbeiterverband anzutreten. Sofort bekräftigte sich der Vorsitzende des Lederarbeiterverbandes bei uns, daß unser Ortsbeamte die Vereinbarungen nicht trennen. Die nächste Unterprüfung ergab aber, daß die Richterhaltung der Vereinbarungen darin bestand, daß unsre Ortsverwaltung von den übertrenden Mitgliedern verlangte, sich auf bei 25 abzuwenden auf eine Selbstverständlichkeit, die über den Lederarbeitern nicht einzutragen wolle.

Um einen noch schöneren Misserfolg unserer Mitglieder zum Lederarbeiterverband herbeizuführen, haben wir uns auf keinen Fall im Juli a. J. bereit erklärt genau festzustellen, wieviel Mitglieder wir in der Lederfabrik haben, um ihnen dann unversehens eine schändliche Anforderung zu stellen, doch recht bald ihren Misserfolg zum Lederarbeiterverband vorzuhaben zu wollen. Dies ist dann auch Krieger Lederfabrik, also genau zu dem Zeit, als Krieger jenen gesetzlosen Antrag gegen uns stellte. Die folge jenes letzten Vertrages war nun, daß bis jetzt 50 unserer Mitglieder zum Lederarbeiterverband übertraten. Häufiger 50 Mitglieder haben wir jenseit noch in der Krieger Lederfabrik unter 350 bis 400 Beschäftigten. Der Lederarbeiterverband war aber unfähig — trotz des guten Geschäftsganges —, eine entsprechende Anzahl der Löhne zu organisieren, so, wie noch nie einmal in der Lage, die ihm übertratenen Mitglieder zu haben. Was aber macht es Sache, daß wir nichts getan haben?

Nun ist seit 2½ Jahren haben wir angestrebt, den Lederarbeiterverband auf jede Agitation unter den Löhnen verzichten und haben über 50 Mitglieder übertraten. Der Lederarbeiterverband bringt es aber nicht fertig, die Arbeiterschaft zu organisieren, und trotz alledem liegt es der Verbandsvorsitzende Krieger, in aller Offenheitheit mit dem Sitzung der Lederarbeiter zu sagen: „Seit, wie Krieger Lederarbeiter durch die Bildung des Fabrikarbeiterverbandes fast ihr immer noch ist letzte Söhne“ höher geht es doch wohl immer!

Was war der Lederarbeiterverband unter diesen Umständen vornehm, das haben gerade seine Funktionäre in Krieg genau. Sie waren in die Reihen unserer Mitglieder einzutreten und unter ihnen selbst und ausserdem unter einer gelben Organisation. Nur ja den Kriegerorganisationen liegen keine Worte mehr.

Unsere Ortsbeamten haben Mitglieder des Lederarbeiterverbandes bestimmt, daß einen Sonderbericht genau der von Kriegerorganisationen lebt und es jedem Sehen steht. Verbandsmitglieder und Vorsitzender des Lederarbeiterverbandes haben sogar die Ungehorsamkeit begangen und in Krieg alle Freiheit des Gerichts vertrieben, daß unser Kreisbeamte die gesuchten Schreiberlein kein Unterstrich gemacht habe. Erst nach Monaten konnten wir es, diese Verdächtigung zu untersuchen, aufklären. Das Interesse unserer Organisation erfordert es aber, daß wir immerhin unter Schwegen stehen.

Die „Lederarbeiterzeitung“ erfordert für sehr resp. den Verbandsvorsitzenden Wahler, indem er in ihrer Nummer 47 vom 22. November 1912 diese Zeilen schreibt, daß wir schwärzen unserer Mitglieder gem Heimat ausgesetzt haben. Unter an die Kriegerorganisationen Zettel hat sie auf daß es uns beweist dazu: „Ein derartig farbloses Sorgfältiges Lied zur Auszeichnung finden“. Wie jetzt erkannt man unter schwärzen Bergungen es, aber fünf Wochen später mag sie noch einen Stoff haben und uns schützen. Wenn es hierbei, daß

sich die Lederarbeiter im Krieg auch jetzt noch weniger leicht benennen, indem sie die Vereinbarung, daß jeder Übertrittende sich außer bei uns anmelden soll, nicht einhalten. Das unsern Mitgliedern abgenommene Buch wird uns nicht vorgelegt, es wird uns auch sonst nichts darüber mitgeteilt.

Der Grund, warum wir so lange auf die leichte Antecknung der "Lederarbeiterzeitung" nicht geantwortet haben, ist der (Genosse Wahler merken Sie sich das): Es war uns vollständig klar, daß bei solriger Erteilung einer richtigen Antwort an die "Lederarbeiterzeitung" die Wirkung unsres Girkulars an die Mitglieder erheblich abgeschwächt würde und unsre Mitglieder zum Übertritt nicht zu bewegen gewesen wären. Also im Interesse des Lederarbeiterverbandes haben wir so lange geschwiegen.

Die Ausschluss der Funktionäre des Lederarbeiterverbandes, durch Beschimpfung einer andern Gewerkschaft ihrer Organisation nützen zu können, ist ein ungemeinliches Ereignis. Rühmen lang sich aber Wahler, durch sein Geschreibsel in der "Lederarbeiterzeitung" unsre Gegner genugt zu haben, indem er ihnen billige Waffen gegen den Fabrikarbeiterverband gespielt hat. Die christliche "Gewerkschaftslinie" drückt freudstrahlend seinen Vericht ab und bemerkt dazu:

"Wenn ein sozialdemokratisches Gewerkschaftsorgan dem sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband nachweist, daß er nichts tut, um die elende Lage seiner Mitglieder zu verbessern, so muß solches doch wohl wahr sein. Deshalb sind solche Urteile auch besonders dann wertvoll, wenn der sozialdemokratische Fabrikarbeiterverband uns gegen über einmal den Mund wieder recht voll nimmt."

Zum Schluß wollen wir noch bemerken, daß ob nun die "Lederarbeiterzeitung" die zu Unrecht ge- uns erhobenen Vorwürfe zurücknimmt oder nicht, wir niemals die von ihr besetzte Vorsitzposition betreuen werden, weil wir für ihre Taktloskeiten nicht den ganzen Verband verantwortlich machen. Wir werden nach wie vor auf unsre in der Krieger Lederfabrik beschäftigten Mitglieder einwirken, damit sie recht bald respektlos in ihre Betriebsorganisation übertraten.

W. Kowalzik, Breslau.

## Streiks und Lohnbewegungen.

— Düsseldorf. Zwischen der Papierfabrik Hermes u. Co. G. m. b. H., Düsseldorf, und dem Verband der Fabrikarbeiter wurde ein für die Arbeiter sehr günstiger Tarif aus 2 Jahren abgeschlossen. Die Lohn erhöhung beträgt für die weiblichen Arbeiter 3 Mark, für die männlichen Arbeiter durchschnittlich 5 bis 7 Mark pro Woche für jeden Arbeiter. Die Holländermühle erhielten vor der Vertragsung 30 bis 33 Mark, jetzt ist ihnen ein Wochenverdienst von 38 bis 42 Mark gesichert. Holländerarbeiter erhielten früher 27 Mark pro Woche, jetzt 33 bis 36 Mark. Bei verschiedenen Verdienststufen stehen fast alle andern Arbeiter. Den Hofarbeiter bewilligte die Firma 48 Minuten Stundenlohn und für jede volle Schicht eine Prämie von 20 Pfennig. Damit ist auch hier ein Schichtlohn von 5 Mark gesichert.

Mit dem erzielten Erfolge können die Arbeiter aufsieden sein. Der Erfolgslosigkeit der 300 Arbeiter, die fast sämtlich im Verband der Fabrikarbeiter organisiert sind, ist es zuzuschreiben, daß ein derartiger Erfolg ohne Arbeitsaufstellung erzielt wurde. Die Firma gehört allerdings nicht zu den Schatzmachern. Sie ist klug genug, einzusehen, daß sie mit auskömmlichen Löhnen die Arbeiterschaft besser im Betriebe hält und dadurch die Ergiebigkeit der Arbeit steigert.

Hoffentlich ziehen die Arbeiter der übrigen Papierfabriken in Düsseldorf und Umgegend hieraus die richtigen Schlußfolgerungen und treten ebenfalls dem Verband der Fabrikarbeiter bei. Hier gibt es noch Papierfabriken, die verheiratete Arbeiter mit 5 bis 4 Mark pro Schicht entlohnen. Aufgabe der Organisation ist es, hier andre Verhältnisse zu schaffen. Datum. Papierarbeiter, schließe die Weichen zum Kampf, organisieren euch, tretet dem Verband der Fabrikarbeiter bei!

— Guben. Streik. Der Zementwarenfabrikant G. Krüger in Gubben und Umgegend hieraus die richtigen Schlußfolgerungen und treten ebenfalls dem Verband der Fabrikarbeiter bei. Hier gibt es noch Papierfabriken, die verheiratete Arbeiter mit 5 bis 4 Mark pro Schicht entlohnen. Aufgabe der Organisation ist es, hier andre Verhältnisse zu schaffen. Datum. Papierarbeiter, schließe die Weichen zum Kampf, organisieren euch, tretet dem Verband der Fabrikarbeiter bei!

— Guben. Streik. Der Zementwarenfabrikant G. Krüger in Gubben und Umgegend hieraus die richtigen Schlußfolgerungen und treten ebenfalls dem Verband der Fabrikarbeiter bei. Hier gibt es noch Papierfabriken, die verheiratete Arbeiter mit 5 bis 4 Mark pro Schicht entlohnen. Aufgabe der Organisation ist es, hier andre Verhältnisse zu schaffen. Datum. Papierarbeiter, schließe die Weichen zum Kampf, organisieren euch, treten dem Verband der Fabrikarbeiter bei!

— Remscheid a. S. Arbeitseinstellung bei der Firma Knödel u. Schmidt, Papierfabrik Schöntal 6 Remscheid a. S. Mittwoch, den 4. Dezember, morgens halb 9 Uhr, legten 21 Sortierinnen und Säülerinnen der Firma Knödel u. Schmidt in Remscheid a. S. die Arbeit nieder. Die Veranlassung war, daß die Firma die Alttordäge um 25 bis 50 Prozent reduzierte, und zwar nicht nur für ertragreichste Arbeit, sondern auch für die Arbeit der seien 6 Arbeitsstunden. Die Arbeitnehmer werden bei dem Direktor Huber vorstellen, der Ihnen über die Türe der Firma zuschlägt mit der Bemerkung: "Sie waren ja 'freier Natur'. Mit andern Worten: Wenn es nicht passiert, kann gehen. Das weckt man den Arbeitern zu Seinen, die sowieso schon unter der steigenden Leistung zu leiden haben und recht gering entschuldigt, ja mit Hungerlöchern abgerichtet werden. Die Meinung der Arbeitnehmer ist, daß es nur Maßnahmen des Werkmeisters hand — der es längst bei der Firma von der Papierfabrik Mannheim eintrat — seien, es nicht ganz richtig, das bereift die Handlungswelle des Herrn Direktors Huber, der die Beschwerden der Arbeitnehmer nicht einmal prüft. Die Firma billigt demnach die Maßnahmen und verübt in brutaler Weise die Alttordreduzierung durchzuführen. Sofort telephonierte die Firma Knödel u. Schmidt die Firma Hoffmann u. Engelmann an, daß es keine Arbeitnehmer einstellen sollte. Von der Gewerkschaftsleitung Remscheid wurde der Firma Knödel u. Schmidt telefonisch die Forderung gemacht, daß ihr Sorge in gelegentlich sei und die Firmenmitglieder noch 14 Tage die alten Alttordäge zu zahlen habe. Hoffentlich kann die Firma von ihren Maßnahmen zurück, wenn nicht, wird es Sachen der Arbeiterschaft sein, zu dieser Alttordreduzierung Sielung zu schaffen. Glück der Firma diese Alttordreduzierung, dann haben die Papierarbeiter und arbeiterinnen auch in den übrigen Betrieben damit zu rechnen, daß auch bei ihnen Verhältnisse eintreten. Wir richten es deshalb an alle Papierarbeiter und arbeiterinnen die Mahnung: Schließt euch dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands an. Nur dann können solche Verhältnisse erfolgreich abgewehrt werden. Eine Verbleichung, sondern Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auf unsre Forderung hin.

— Remscheid a. S. Arbeitseinstellung bei der Firma Knödel u. Schmidt, Papierfabrik Schöntal 6 Remscheid a. S. Mittwoch, den 4. Dezember, morgens halb 9 Uhr, legten 21 Sortierinnen und Säülerinnen der Firma Knödel u. Schmidt in Remscheid a. S. die Arbeit nieder. Die Veranlassung war, daß die Firma die Alttordäge um 25 bis 50 Prozent reduzierte, und zwar nicht nur für ertragreichste Arbeit, sondern auch für die Arbeit der seien 6 Arbeitsstunden. Die Arbeitnehmer werden bei dem Direktor Huber vorstellen, der Ihnen über die Türe der Firma zuschlägt mit der Bemerkung: "Sie waren ja 'freier Natur'. Mit andern Worten: Wenn es nicht passiert, kann gehen. Das weckt man den Arbeitern zu Seinen, die sowieso schon unter der steigenden Leistung zu leiden haben und recht gering entschuldigt, ja mit Hungerlöchern abgerichtet werden. Die Meinung der Arbeitnehmer ist, daß es nur Maßnahmen des Werkmeisters hand — der es längst bei der Firma von der Papierfabrik Mannheim eintrat — seien, es nicht ganz richtig, das bereift die Handlungswelle des Herrn Direktors Huber, der die Beschwerden der Arbeitnehmer nicht einmal prüft. Die Firma billigt demnach die Maßnahmen und verübt in brutaler Weise die Alttordreduzierung durchzuführen. Sofort telephonierte die Firma Knödel u. Schmidt die Firma Hoffmann u. Engelmann an, daß es keine Arbeitnehmer einstellen sollte. Von der Gewerkschaftsleitung Remscheid wurde der Firma Knödel u. Schmidt telefonisch die Forderung gemacht, daß ihr Sorge in gelegentlich sei und die Firmenmitglieder noch 14 Tage die alten Alttordäge zu zahlen habe. Hoffentlich kann die Firma von ihren Maßnahmen zurück, wenn nicht, wird es Sachen der Arbeiterschaft sein, zu dieser Alttordreduzierung Sielung zu schaffen. Glück der Firma diese Alttordreduzierung, dann haben die Papierarbeiter und arbeiterinnen auch in den übrigen Betrieben damit zu rechnen, daß auch bei ihnen Verhältnisse eintreten. Wir richten es deshalb an alle Papierarbeiter und arbeiterinnen die Mahnung: Schäßt euch dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands an. Nur dann können solche Verhältnisse erfolgreich abgewehrt werden. Eine Verbleichung, sondern Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auf unsre Forderung hin.

— Remscheid a. S. Arbeitseinstellung bei der Firma Knödel u. Schmidt, Papierfabrik Schöntal 6 Remscheid a. S. Mittwoch, den 4. Dezember, morgens halb 9 Uhr, legten 21 Sortierinnen und Säülerinnen der Firma Knödel u. Schmidt in Remscheid a. S. die Arbeit nieder. Die Veranlassung war, daß die Firma die Alttordäge um 25 bis 50 Prozent reduzierte, und zwar nicht nur für ertragreichste Arbeit, sondern auch für die Arbeit der seien 6 Arbeitsstunden. Die Arbeitnehmer werden bei dem Direktor Huber vorstellen, der Ihnen über die Türe der Firma zuschlägt mit der Bemerkung: "Sie waren ja 'freier Natur'. Mit andern Worten: Wenn es nicht passiert, kann gehen. Das weckt man den Arbeitern zu Seinen, die sowieso schon unter der steigenden Leistung zu leiden haben und recht gering entschuldigt, ja mit Hungerlöchern abgerichtet werden. Die Meinung der Arbeitnehmer ist, daß es nur Maßnahmen des Werkmeisters hand — der es längst bei der Firma von der Papierfabrik Mannheim eintrat — seien, es nicht ganz richtig, das bereift die Handlungswelle des Herrn Direktors Huber, der die Beschwerden der Arbeitnehmer nicht einmal prüft. Die Firma billigt demnach die Maßnahmen und verübt in brutaler Weise die Alttordreduzierung durchzuführen. Sofort telephonierte die Firma Knödel u. Schmidt die Firma Hoffmann u. Engelmann an, daß es keine Arbeitnehmer einstellen sollte. Von der Gewerkschaftsleitung Remscheid wurde der Firma Knödel u. Schmidt telefonisch die Forderung gemacht, daß ihr Sorge in gelegentlich sei und die Firmenmitglieder noch 14 Tage die alten Alttordäge zu zahlen habe. Hoffentlich kann die Firma von ihren Maßnahmen zurück, wenn nicht, wird es Sachen der Arbeiterschaft sein, zu dieser Alttordreduzierung Sielung zu schaffen. Glück der Firma diese Alttordreduzierung, dann haben die Papierarbeiter und arbeiterinnen auch in den übrigen Betrieben damit zu rechnen, daß auch bei ihnen Verhältnisse eintreten. Wir richten es deshalb an alle Papierarbeiter und arbeiterinnen die Mahnung: Schäßt euch dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands an. Nur dann können solche Verhältnisse erfolgreich abgewehrt werden. Eine Verbleichung, sondern Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auf unsre Forderung hin.

— Remscheid a. S. Arbeitseinstellung bei der Firma Knödel u. Schmidt, Papierfabrik Schöntal 6 Remscheid a. S. Mittwoch, den 4. Dezember, morgens halb 9 Uhr, legten 21 Sortierinnen und Säülerinnen der Firma Knödel u. Schmidt in Remscheid a. S. die Arbeit nieder. Die Veranlassung war, daß die Firma die Alttordäge um 25 bis 50 Prozent reduzierte, und zwar nicht nur für ertragreichste Arbeit, sondern auch für die Arbeit der seien 6 Arbeitsstunden. Die Arbeitnehmer werden bei dem Direktor Huber vorstellen, der Ihnen über die Türe der Firma zuschlägt mit der Bemerkung: "Sie waren ja 'freier Natur'. Mit andern Worten: Wenn es nicht passiert, kann gehen. Das weckt man den Arbeitern zu Seinen, die sowieso schon unter der steigenden Leistung zu leiden haben und recht gering entschuldigt, ja mit Hungerlöchern abgerichtet werden. Die Meinung der Arbeitnehmer ist, daß es nur Maßnahmen des Werkmeisters hand — der es längst bei der Firma von der Papierfabrik Mannheim eintrat — seien, es nicht ganz richtig, das bereift die Handlungswelle des Herrn Direktors Huber, der die Beschwerden der Arbeitnehmer nicht einmal prüft. Die Firma billigt demnach die Maßnahmen und verübt in brutaler Weise die Alttordreduzierung durchzuführen. Sofort telephonierte die Firma Knödel u. Schmidt die Firma Hoffmann u. Engelmann an, daß es keine Arbeitnehmer einstellen sollte. Von der Gewerkschaftsleitung Remscheid wurde der Firma Knödel u. Schmidt telefonisch die Forderung gemacht, daß ihr Sorge in gelegentlich sei und die Firmenmitglieder noch 14 Tage die alten Alttordäge zu zahlen habe. Hoffentlich kann die Firma von ihren Maßnahmen zurück, wenn nicht, wird es Sachen der Arbeiterschaft sein, zu dieser Alttordreduzierung Sielung zu schaffen. Glück der Firma diese Alttordreduzierung, dann haben die Papierarbeiter und arbeiterinnen auch in den übrigen Betrieben damit zu rechnen, daß auch bei ihnen Verhältnisse eintreten. Wir richten es deshalb an alle Papierarbeiter und arbeiterinnen die Mahnung: Schäßt euch dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands an. Nur dann können solche Verhältnisse erfolgreich abgewehrt werden. Eine Verbleichung, sondern Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auf unsre Forderung hin.

— Remscheid a. S. Arbeitseinstellung bei der Firma Knödel u. Schmidt, Papierfabrik Schöntal 6 Remscheid a. S. Mittwoch, den 4. Dezember, morgens halb 9 Uhr, legten 21 Sortierinnen und Säülerinnen der Firma Knödel u. Schmidt in Remscheid a. S. die Arbeit nieder. Die Veranlassung war, daß die Firma die Alttordäge um 25 bis 50 Prozent reduzierte, und zwar nicht nur für ertragreichste Arbeit, sondern auch für die Arbeit der seien 6 Arbeitsstunden. Die Arbeitnehmer werden bei dem Direktor Huber vorstellen, der Ihnen über die Türe der Firma zuschlägt mit der Bemerkung: "Sie waren ja 'freier Natur'. Mit andern Worten: Wenn es nicht passiert, kann gehen. Das weckt man den Arbeitern zu Seinen, die sowieso schon unter der steigenden Leistung zu leiden haben und recht gering entschuldigt, ja mit Hungerlöchern abgerichtet werden. Die Meinung der Arbeitnehmer ist, daß es nur Maßnahmen des Werkmeisters hand — der es längst bei der Firma von der Papierfabrik Mannheim eintrat — seien, es nicht ganz richtig, das bereift die Handlungswelle des Herrn Direktors Huber, der die Beschwerden der Arbeitnehmer nicht einmal prüft. Die Firma billigt demnach die Maßnahmen und verübt in brutaler Weise die Altt

# Beilage zum Proletarier

Nummer 50

Hannover, 14. Dezember 1912

21. Jahrgang

## Chemische Industrie

### Die Goldern des Jahres 1911.

Am 25. Oktober hielt die Unternehmervororganisation der chemischen Industriellen, der "Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands", seine Generalversammlung in Berlin ab. Die Tagesordnung wies diesmal einen stark sozial-politischen Einschlag auf. Die Ursache dieser Erstcheinung liegt in dem Wachsen der Arbeiterbewegung Deutschlands, besonders aber in dem Empöhlenden der Organisation der Arbeiter der chemischen Industrie, dem Verband der Fabrikarbeiter. Die Unternehmer befürchten bekanntlich durch letzteren eine Beeinträchtigung ihres Profits oder, wie sie es so schön umschreiben, der "Prosperität der chemischen Industrie". So mussten sie aus diesen Motiven heraus zur Stellungnahme gegen die Arbeiterorganisationen kommen, obgleich sie zur Wahrung ihrer Interessen sich nicht nur eine, sondern mehrere Organisationen, die nach ihrem Willen aufgebaut und geleitet werden, eingerichtet haben. Schon vor zwei Jahren distanzierten die chemischen Industriellen über die Tarifverträge und präzisierten ihre Stellung ablehnend. In diesem Jahre nahmen sie Stellung zu den Werlkvereinen und zu der Resolution der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend den Schutz der Arbeiter in der chemischen Industrie. Außerdem wurde ein Referat von Lepsius über die Bestrebungen des Jugendbundes entgegengenommen und damit dokumentiert, daß den chemischen Unternehmern und Direktoren die gesamten selbständigen proletarischen Emancipationsbestrebungen ein Dorn im Auge sind.

Vor allem erfreuen sich die chemischen Unternehmer wegen ihrer weitverzweigten Aussichtsrats- und Dividendenpolitik der Aufmerksamkeit sogenannter hoher Persönlichkeiten. Ein Teil letzterer ist an dem speziellen Wohl der chemischen Industrie materiell stark interessiert, so daß es nicht weiter wundern kann, wenn Regierungsvertreter antwesend waren und den chemischen Industriellen die besondere Gunst der preußischen Regierung zusicherten. Mit ihnen wetteiferten die Vertreter des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen, der Regierungsrat Dr. Schweighofer und Dr. Stauff. Von Hansabund war Professor Rieger vertreten, der in seiner Begrüßungsansprache betonte, daß die letere Organisation doch dazu da sei, dafür zu sorgen, daß dem Handel und der Industrie im Inland und Ausland möglichst wenig Hindernisse bereitet werden. „Beide wünschen keine staatlichen Subventionen; sie wünschen nur, daß man sie in Ruhe lasse, damit sie mit Sicherheit und mit Energie und Fähigkeit ihre Wege verfolgen können.“ Was der Vorsitzende des Hansabundes mit dem Intrusen meinte, vergaß er näher anzudeuten, doch wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß ihm der Punkt 7 der Tagesordnung „Arbeitsschutz in der chemischen Industrie“ Anlaß zu dieser Neuerung gegeben hat.

Den Geschäftsbericht für 1911 erstattete der Generalsekretär des Verbandes, Dr. Horne. Er verbreitete sich zunächst über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen, die durch die Marokkowirren und den tripolitanischen Krieg etwas ungünstig beeinflußt wurde. Trotz Steigerung der Umsätze ist die Rentabilität in der gesamten chemischen Industrie etwas zurückgegangen. Der gesteigerten Umsatzmenge steht kein entsprechend erhöhter Gewinn gegenüber. Die Ursachen liegen wesentlich darin, daß die allgemeine Nahrungsmitteleinfluss „erhöhte Rohstoffpreise“ und „eine Steigerung der Produktionskosten“ herbeigeführt hat, „die bei verschärfter Konkurrenz nicht durch Erhöhung der Warenpreise ausgeglichen werden konnte“. „Auch für das laufende Jahr hat sich diese Lebensmittelsteuerung noch gesteigert, so daß sie sich zu einem Maßstab entwickelt hat, der unser ganzen wirtschaftlichen Lage nicht ungefährlich werden kann.“ Dieses Geschehen ist aus dem Munde eines solchen Mannes gesprochen, doppelt an Wert, und besonders bei Lohnforderungen chemischer Arbeiter wollen wir uns daran immer erinnern, denjenigen Unternehmern gegenüber, die kein Verständnis für berechtigte Forderungen ihrer Arbeiter haben. Horne selbst widersprach sich allerdings in seinen Ausführungen. Bei dem Bericht über Streiks und Aussperrungen konstatierte er, daß die chemische Industrie, die „im allgemeinen weniger Unruhen zu leiden hat“, im Jahre 1911 durch den Streik in der Badischen Anilin- und Soda-fabrik in erhöhtem Maße getroffen worden sei. „Dieser durch Agitatoren von einer Grund herbeigeführte Streik ist nach fünf Wochen gänzlich erfolglos in sich zusammengebrochen“, meinte er dann. Nun ist aber der Streik nicht von einer Grund, sondern gerade wegen unzureichender Löhne plötzlich ausgebrochen, nachdem die Firma den Forderungen der Arbeiterschaft gegenüber sich strikt ablehnend verhielt. Er ist auch nicht „gänzlich erfolglos“ gewesen. Einige Wochen nach dem Streik erhält ein großer Teil der Arbeiter die Lohnzulage, die die Firma unter Überlastung von Vernunftgründen ganz gut auch vorher geben konnte; denn auch sie wußte genau, daß die fordernenden Lohnslaben mit den gezahlten Löhnen nicht auskommen könnten. Von gänzlicher Grund- und Erfolglosigkeit kann man da nicht reden. Lebhaftig ist die Badische Anilin- und Soda-fabrik nicht alleinstehend mit einer Lohn-erhöhung, auch andre Betriebe der chemischen Industrie haben die Löhne ihrer Arbeiter erhöht, wie der Bericht der Berufsgenossenschaft, der eine Steigerung der Durchschnittslöhne von 6 Prozent aufweist, besagt. Der Verband der Fabrikarbeiter darf aber den größten Teil der Lohnerhöhungen auf seinen direkten und indirekten Einfluß zurückführen. Daran andern alle Groß-sprechereien der Unternehmer gar nichts.

Horne befürchtet, daß in den nächsten Jahren die chemische Industrie bei Streiks und Aussperrungen stärker in Mitleidenschaft gezogen wird, da die Agitation von einzelnen Arbeiterorganisationen auf das heftigste betrieben wird. Das letztere wollen wir nicht bestreiten, doch sind die Befürchtungen über große Streiks und Aussperrungen dann unbegründet, wenn die chemischen Industriellen den Forderungen ihrer Arbeiter das weitestgehende Entgegenkommen zeigen. Schließlich hat ja auch die Praxis bewiesen, daß die Unternehmer trotz heftiger Gegenwehr und Streikbrecherflosen nicht in der Lage waren, die Löhne auf dem Niveau vom Jahre

1905 zu halten, weil ein Auskommen absolut unmöglich war; die Zukunft wird lehren, daß auch die jetzt in allen Tonarten gepriesenen Werkvereine Faktoren sind, die sich nur mit enormen Jahreszuschüssen der Unternehmer großzappeln und halten lassen, und die, wie auch die Unternehmer der chemischen Industrie noch erfahren werden, in manchen Fällen versagen.

Nun zur Rentabilität der Aktiengesellschaften der chemischen Industrie. Die Rentabilitätsstatistik des "Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands" umfaßt nicht nur die Gruppe "Chemische Industrie" im engeren Sinne, sondern auch Betriebe der Gruppe "Forstwirtschaftliche Nebenprodukte". Für 1911 wurden erfaßt 190 Aktiengesellschaften mit 671,8 Millionen Mark Aktienkapital, die zusammen 93,51 Millionen Mark Dividende verteilt, was einem Prozentsatz von 13,92 im Durchschnitt entspricht. Für die letzten 5 Jahre ergibt sich folgende Rentabilitätsstatistik:

Jahr	Aktien- gesellschaften	Aktienkapital in Mill. Mark	Dividenden- summe in Mill. Mark	Durchschnitts- dividende Prozent
1907	166	528,6	81,7	15,45
1908	163	559,1	73,3	13,11
1909	176	611,4	84,7	13,86
1910	179	639,4	92,15	13,96
1911	190	671,8	93,61	13,92

Die Durchschnittsdividende wäre in den letzten 3 Jahren dem-nach ziemlich stabil geblieben.

Bessere Anhaltspunkte über die Rentabilität der Aktiengesellschaften der chemischen Industrie allein und zwar der Gruppen: chemische Großindustrie und sonstige Präparate, Farbenmaterialien sowie Sprengstoffe und Zündwaren, gibt uns ein Auszug aus den Geschäftsergebnissen der deutschen Aktiengesellschaften, die im Kaiserlichen Statistischen Amt seit 1907 bearbeitet werden. Es ergibt sich folgende Tabelle:

Jahr	Aktien- gesellschaften	Aktien- kapital in Mill. Mark	Reingewinn ohne Vor- trag in Mill. Mark	Dividenden- summe in Mill. Mark	Durch- schnitts- dividende Prozent
1907/08	117	338,7	73,6	56,4	16,7
1908/09	115	385,8	73,4	57,1	14,3
1909/10	120	414,3	86,1	66,4	14,8
1910/11	126	429,3	92,7	71,8	16,4
1911/12	—	—	—	—	—

Für das Jahr 1911/12 fehlen amtliche Angaben, weil die Statistik für diese Zeit noch nicht erschienen ist.

Der Vergleich beider Tabellen ist insofern interessant, als sich daraus ergibt, daß nach der amtlichen Statistik der Prozentsatz der Durchschnittsdividende um 0,3 bis 1,5 Prozent höher ist. Auch gibt die letzte Tabelle einen Überblick über die erzielten Reinerlöse unter Ausschluß der Gewinn- und Verlustvorträge. Eine sorgfältige Berechnung ergibt, daß der Reingewinn in den Jahren 1907/08 um 30 Prozent, 1908/09 um 28,6 Prozent, 1909/10 um 30 Prozent und 1910/11 ebenfalls um 30 Prozent höher als die zur Verteilung gelangende Dividendensumme war, so daß sich in dieser Hinsicht nunmehr der Satz aufstellen läßt: **Der durchschnittliche Reingewinn aller Aktiengesellschaften der chemischen Industrie übersteigt die ausgezahlte Dividende um rund 30 Prozent.**

Unter Einberechnung der 291 Millionen Mark Reserven und 158 Millionen Mark Obligationen und Hypotheken ergibt sich für die 190 Aktiengesellschaften ein investiertes Kapital von 1071 Millionen Mark, auf welches an Dividenden und Zinsen 93,8 Millionen Mark aufgezahlt wurden. Das kommt einer Durchschnittsverzinsung von 9,32 Prozent gegen 9,51 Prozent im Jahre 1910 gleich.

Bei einer Gruppierung der Aktiengesellschaften in solche, die bis zu 5 Prozent, bis zu 10 Prozent und über 10 Prozent Dividende verteilen, ergibt sich, daß ein Drittel 0 bis 5 Prozent Dividende verteilt — darunter arbeiteten 47 Gesellschaften ertraglos oder mit Verlust — 51 Gesellschaften verteilen 5 bis 10 Prozent und 73 Gesellschaften verteilen über 10 Prozent Dividende.

Eine Bergierung der Aktiengesellschaften nach der Rentabilität der einzelnen Industriegruppen ergibt folgende Durchschnittsdividenden:

Industriegruppen	1909 Prozent	1910 Prozent	1911 Prozent
Chemische Großindustrie einschließlich der Städter Industrie	11,58	11,67	10,18
Städter Industrie allein	6,53	6,62	7,76
Industrie der künstlichen Dingestoffe einschließlich Leim und Gelatine	13,09	14,22	14,32
Chemische, technische, photographische und pharmazeutische Präparate	18,07	13,87	13,61
Leerfarbenindustrie	22,71	23,52	24,19
Sprengstoffindustrie	9,28	9,87	11,36
Zündwarenindustrie	15,20	15,47	16,35
Mineralfarbenindustrie	6,95	4,78	3,45
Mineralölunternehmen	9,77	8,33	8,70
Raumflockenteerholzereien	10,49	10,82	10,16
Gummifabrik	11,79	13,67	11,54

Bon schlechter Rentabilität kann mit Ausnahme der Zündwarenindustrie nicht die Rede sein. Das Jahr 1911 brachte, in Vergleich zu den Ergebnissen aus 1910 gestellt, zwar nicht die Steigerungen, die bei einem Vergleich der Jahre 1909/10 festgestellt werden konnten. Trotzdem gelang es der Leerfarben- und Sprengstoffindustrie, ihre zugleich am höchsten stehenden Durchschnittsdividenden noch erheblich zu steigern. Die Städter Industrie verzeichnet eine ansehnliche, die Leerfarbenindustrie die höchste Steigerung. Minimal ist die Steigerung in der Industrie der künstlichen Dungemittel einschließlich Leim und Gelatine und der Mineralfarbenindustrie. Rückgänge weisen auf: die chemische Großindustrie, die Präparate- und Zündwarenindustrie, die Raumflockenteerholzereien und die Gummifabrik. Der Rückgang der Durchschnittsdividende in der chemischen Großindustrie sieht wesentlich begründet in dem Preisrückgang von Schwefel- und Salzsäure. Die Präparateindustrie konnte ihren Markt erweitern, litt auch an gesunkenen Preisen. In der Gummi-

warenindustrie sind die Folgen der Finanzreform noch nicht überwunden. Die Braunkohleterefterei erlitten einen Rückgang ihrer Erträge durch den Bergarbeiterstreik, weil eine große Zahl Schnellöfen stillgelegt werden mußte. In der Gummifabrik haben die hohen Einfuhrpreise für Kohlenschutz im Jahre 1910/11 einen Rückgang der Rentabilität hervorgerufen, der sogar gut fundierten Großunternehmen Unterbilanzen brachte, weil später, nach Einführung mit Rohgummi zu hohen Preisen, ein schrecklicher Fall der Verkaufspreise eintrat.

Mit dem Resultat des Geschäftsjahrs 1911 kann der größte Teil der Aktionäre der chemischen Industrie zufrieden sein. Sie liegen ihnen doch Strom von Gold zu, ohne daß sie auch nur einenfinger zur praktischen Arbeit zu rütteln brauchen. Anders liegt die Sache für die Arbeiter. Sie müssen noch entbehren, damit den Aktionären rund 100 Millionen Mark Dividende zugeschanzt werden können. Dauernd läßt sich dieser Zustand nicht aufrecht erhalten. Die Arbeiter lernen denten. Sie begreifen den Zusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise und durchschauen sie. Als einziges Mittel zur Verbesserung ihrer Lage verbleibt ihnen die Organisation. Aber die Unternehmer rütteln gegen die aussirebende Arbeiterschaft der chemischen Industrie. Sie wollen die Arbeiter korrumpern und haben deshalb auf ihrer Tagung Stellung genommen und beraten, mit welchen Mitteln das am zweckmäßigsten geschehen kann. Darüber wollen wir demnächst ausgiebiger berichten. B.

### Entweder — oder! Ein Kapitel aus dem Kampf der Arbeiter gegen Gefährdung ihres Lebens in Sprungstofffabriken.

Die Dynamitfabrik "Kronthal" bei Geesthacht beschaffte vor einem halben Jahr zwei große Zentrifugen zum Rütteln und Auszündern der Schiebaumwolle. In den zwei großen Zentrifugen waren noch 10 kleine vorhanden. An letzteren sind zwei Arbeiter, an den großen Zentrifugen ebenfalls nur zwei Männer beschäftigt. In die kleinen Zentrifugen kommen bei drei Sorten Baumwolle unter 11½ Kilogramm, bei Papierzuckerwolle aber 18 Kilogramm aus einer Operation. Die großen Zentrifugen lassen das doppelte Quantum.

Im Laufe der letzten Jahre ist die Belebensfähigkeit der Arbeiter auch an den alten Zentrifugen ganz bedeutend geändert worden. Während 1905/06 täglich 80 bis 90 Operationen gemacht werden, wurden vor Belebung der großen Zentrifugen 136 Operationen gemacht. Durch Inbetriebnahme letzterer stieg, dem Gewicht nach berechnet, die Zahl der Operationen auf 163. Bezahlt werden für die kleinen Zentrifugen 25 Pf., für die großen 35 Pf. Jedoch kommt für die großen Zentrifugen nur dieser Satz in Anspruch, wenn beide Zentrifugen laufen. Wenn 25 Pf. Welle bearbeitet wird, werden pro Tag 20 Pf. mehr bezahlt. Bei dieser Welle entstehen mehr Säuredämpfe, wodurch dann die Extraverarbeitung gewährleistet wird.

Ende August d. J. explodierte bei Bearbeitung von Schiebaumwolle eine große Zentrifuge. Hierbei wurden ca. 40 Beschäftigte zertrümmert sowie mehrere Tonnen. Zum Glück waren die beiden Arbeiter nicht in diesem Augenblick an den Zentrifugen beschäftigt, sonst wäre es ihnen zweifellos ebenso ergangen wie den beiden Arbeitern in Ingolstadt. (Siehe den "Proletarier" vom 13. Januar 1912.) Seit dieser Zeit wurden bei Schiebaumwolle die beiden großen Zentrifugen nicht benutzt, wogegen wieder die kleinen Zentrifugen mit benutzt werden sollten. Die Arbeiter hatten schwere Bedenken gegen die Wiederaufnahme letzterer. Eine Kommission wurde beim Betriebsführer vorstellig. Begründend wiesen die Mitglieder derselben auf die Gefahren der großen Zentrifugen hin. Infolge größeren Anfangs derselben müßten die Arbeiter bei der Arbeit mit ihrem Oberkörper weit darüber deuten. Bei einer eintretenden Explosion seien insgesamt die Folgen viel schlimmer. Auch wurde darauf hingewiesen, wie erst vor kurzem in Ingolstadt am 1. Juli 1911 zwei Arbeiter, davon einer tödlich, durch Explosions einer Zentrifuge verwundet wurden. Der Betriebsführer, Chemiker Möller, erklärte: In Spandau seien diese Zentrifugen eingeführt worden, und so sollen auch hier mit der Zeit an Stelle der kleinen, großen Zentrifugen gebaut werden. Auch die Firma würde mit der technischen Entwicklung vorwärtsziehen. Es soll jener erklärt haben, die Firma könnte dabei auf ein Menschenleben keine Rücksicht nehmen. Wir nehmen jedoch an, daß die Auslegung so nicht gefallen ist, denn sie würde eine Abschaffung bedeuten, die wir dem Herrn nicht zutrauen wollen. Er meine dann noch, die Kommission sei zu dümm. Nachdem die Kommission auf diese Art und Weise "belebt" worden war, zog sie unverrichteter Sachen ab. Nunmehr versuchten die Mitarbeiter selbst vorzeitig zu werden, wurden aber gleichfalls abgewiesen.

Am 24. September wurde den Nitrierern von den Weibern ein Bogen zur Unterschrift vorgelegt, woran sich diejenigen unterschrieben, welche bei Schiebaumwolle die großen Zentrifugen nicht benutzt wollten. Eden am Bogen sollte freier Platz gelassen werden. Dieser Bogen sollte dann der Generaldirektion vorgelegt werden. Samtliche Nitrierer unterschrieben. Am 25. September, abends, kam der Betriebsführer Möller die Nachtschicht zu sich kommen, er fragte jeden einzeln: Wollen Sie jetzt mit den großen Zentrifugen arbeiten? Der erste erklärte: "Nein, ich möchte dann von dieser Arbeit abgelöst werden!" Möller wiederholte dieselbe Frage, und erhielt dieselbe Antwort. "Dann sind Sie hierzu entlassen!", erklärte Möller. So ging es bis zum letzten. Diese Antwort blieb am Tag der Nachschicht. 20 Arbeiter wurden hierdurch aufs Straßenspaziergang gesetzt, von denen der größte Teil schon 10 Jahre, einer 22 Jahre, in der Fabrik gearbeitet haben.

Verhandlungen unsres Gauleiters und einer Kommission von fünf Nitrierern mit der Direktion verließen resultlos. Die Direktion zielte auf die Seite des Betriebsführers Möller und verdrehte die ganze Sache. Sie erklärte, die Arbeiter haben die Arbeit verwirkt und ihre Entlassung

alle Gedanken und Vorstellungen derjenigen, die ihre Haut zu Markte tragen sollten. So werden auch diese Behandlungen regulär; es blieb bei der Entlastung der jahrgangsgünstigen Arbeiter.

Zur Begehung der Frage boten die Aufseher in der Wollfabrik ihren ganzen Einfluss auf. Besonders tat sich der Aufseher Schröder hervor, der den Arbeitern erklärte: "Wenn ihr nicht mitarbeiten wollt, seid ihr entlassen!" Einem erkannten Mitarbeiter ließ er die Order aufkommen, sich am anderen Ende zur Arbeit einzufinden, andernfalls er entlassen würde. Auch solcher Mausreiter sandten sich aus andern Betrieben. Am 1. Oktober gingen dann bei den Bauern in den Lauenburger Dörfern ein Feuer an, welche sich für den Winter auf den Fabrikarbeiter beziehen. Diese unrichtigen Personen sowie auch einige Eisenerzleute waren es, die den Verlust bezeichneten.

So ging der Kampf der Arbeiter gegen die Gefährdung ihres Lebens verloren.

Weiter gibt es über die höchste zulässige Größe der Benzinsägen bis jetzt noch keine gesetzlichen Vorschriften. Auch die Unfallverhütungsvereinbarungen der Betriebsgenossenschaft der chemischen Industrie enthalten über diese Materie nichts. Benzinengrände und -explosionen beim Mähdreschen und Auspülen von Schießbaumwolle sind der Deutschen Reichsamt bisher schon einige belämmigende Sorgen. Viele Bestimmtheiten kann jedoch angenommen werden, das jüngste Brände repetitive Explosions von Miniergräben offen dagekommen sind, aber gehörten gehören würden.

Mit der Ausweitung größter Betriebsgrößen werden naturgemäß die zur Explosion gelangenden Stoffe auch größer und die Gefahren dadurch erhöht, erhebt durch einen Umstand, der nicht zu sein braucht. Bei der Weiterverarbeitung der Spritze ist man bestrebt, den Arbeiter immer nur mit möglichst kleinen Quantitäten in Beziehung zu bringen, hier erfolgt das Umgang. Wir haben das Vorhaben der Arbeiter für falsch. Sie waren gewillt, um keinen Benzinsägen zu arbeiten, die ihnen erschreckend als weniger gefährlich erschienen. Wer will es ihnen verdenken, an Maschinen zu arbeiten, die schon in den ersten Tagen sich gefährlich erwiesen? Verunsichernde waren es, die antrieben, und wenn die Arbeiter dabei lieber ihre Arbeitsstelle als ihr Leben opferen, so ist das durchaus verständlich. Wunder der Spritzeindustriellen und -aktionäre würde unter solchen Umständen genau so gehandelt haben, ja viele der letzteren sehen sich vor lauter Angst nicht einmal einen solchen Betrieb von innen an. Vorläufig registrierten wir diesen Fall Hoffenlosigkeit wird uns nicht eine neue Explosion einer großen Miniergräbenfolge folgen geben, auf die Vorgänge zurückzukommen zu müssen.

#### X Lohnerschöpfung in der Badischen Anilin- und Sodaefabrik.

Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodaefabrik macht durch Anschlag bekannt, daß der Anfangslohn für Fabrikationsarbeiter über 20 Jahre auf 41 Pf. erhöht wird. Bischof beträgt er 38 Pf. Der Höchstlohn von 47 Pf. wird auf 48 Pf. erhöht. Gericht wird der Höchstlohn allerdings erst nach abgelaufener Beschäftigung in der Fabrik. Die Brennholzabfälle dienen beziehen; der Lohn für Handwerker soll auch entsprechend erhöht werden. Die Belegschaft soll am 1. Dezember in Kraft treten. Was dabei herauspringt, werden erst die nächsten Wochen lehren, denn in der Anfangszeit sind sehr häufig die Lohnerschöpfungen hinter den Versprechungen zurückgeblieben. Diese neueste Lohnerschöpfung hat aber eine interessante Vorgeschichte. In der Fabrik ist der gelbe Betriebsrat mit und ohne Druck aufgetreten. Die gelben Mitglieder haben wiederholte rumort und schon offen Lohnerschöpfungen geplant, wenn auch nicht direkt durch den Verein. Sie haben also den Druck der gelben Betriebsleitung nicht richtig ausgeübt, womit die Fabrik sich absindet muss. Diese allgemeine Unsicherheit kommt unverhüllt zum Ausdruck. Da benötigt die Fabrik Ludwigshafen unseres Verbaus die Säure unter den Gelben und stellt in einem Flugblatt die Söhne der Anfangszeit in einen anderen Betrieb gegenüber. Die Direktion antwortete darauf mit einem Gegenflugblatt, das je vom gelben Verein vorhanden unterzeichneten lag. Es enthielt einige nichtssagende Redensarten und bestätigte vor allem die Richtigkeit der angeführten Söhne anderer Fabriken. Das magte jedoch keinen Eindruck, weil die Söhne anderer Fabriken ebenfalls waren. Zum Übertritt brachte die Parteizitung am Ende eine ungünstige Kritik und Rücksichtstellung des Flugblattes, das in der Zeitung der Fabrik berichtet wurde, noch ehe es erschienen war. Diese Vorgehöfe erforderten die Direktion genug. Unverzüglich ließ sie eine Betriebsversammlung des gelben Vereins einberufen und machte den Vorsitzenden, einen jungen Schreiber eines Betriebsführers, den Betriebsräte sagten, sie sollten an die Direktion ein Gesuch richten, die Söhne etwas aufzuhören. Eine Verständigung über Form und Inhalt der Forderung wurde in der Sitzung nicht herbeigeführt. Die Ansichten gingen nämlich auseinander, weil sich die Direktion selbst noch nicht entschlossen hatte, ob sie eine Lohnerschöpfung oder eine Leistungszulage gewähren wollte. Nachdem eine Einigung mit der Direktion gestanden gewesen war, ließ Herr Morod, der Vorsitzende des Betriebsrates, zu den Arbeitern und sagte ihnen, daß am 1. Dezember eine Lohnerschöpfung eintreten wird. Die Arbeiter sollten sich aber nicht irritieren lassen, denn diesmal sei die "politische Partei" und der Fabrikarbeiterverband nicht die Ursache, sondern der gelbe Verein habe die Lohnerschöpfung gebracht. Die Arbeiter lehnen die Sappenzucker und nehmen diese minimale Lohnerschöpfung, ohne daß sie die tatsächlichen Erhöhungen hinzugeben. Man erkennt aber aus dem Vorsitzenden der Fabrik, daß, wenn die Arbeiterversorgungen eine bestimmte Höhe erreicht haben, auch gelbe Gründungen die Fabrik vor Lohnerschöpfungen nicht bewahren können. 87 000 Mark Jahresbeitrag der Fabrik für den gelben Verein und trotzdem noch eine Lohnerschöpfung! Solche Gefüge mögen die Direktion bewogen haben, als sie durch eine Lohnerschöpfung den Zusammenbruch des Betriebsrates noch einmal verhindern. Wie lange noch?

#### X Die Hünener Papierfabrik in finanziellen Schwierigkeiten?

Die Fabrikation von Kraftpapier war früher durchweg ein profitables Geschäft. In den letzten Jahren sind jedoch einige neue Verfahren entdeckt worden, die den Betrieben, die nach dem alten Verfahren arbeiten, den Platz zu bringen scheinen, weil die neuen Verfahren billiger arbeiten. Kraftpapierarbeiter in letzter Zeit mächtige Konkurrenz mit Unterdrückung. So hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Papierfabrik hat 200 Männer entlassen und vereinigte 200 Parzellen selbständig. In einer Glanz-Zeitung wurde darüber noch weitere Versuche gemacht, Kraftpapierarbeiter, deren Existenz in der letzten angesetzten Konkurrenz mit Unterdrückung. Es hat z. B. die Planenpapierfabrik vor länger Zeit ihren Betrieb eingestellt, die Salinenpapierfabrik und eine Reihe von Fabriken mit großer Kapazität in den letzten Jahren mit Unterdrückung gearbeitet, und jetzt mit einem ebenfalls großen Unterdrückung die Hünener Papierfabrik zu den Betrieben, die über die Berücksichtigung — die damals einfache, die vereinfachte Art — nicht hinzu kommen. Die "Hünener Zeitung" berichtet aus Groß-Wachau. Die Betriebsleitung der Hünener Pap